



Jahresabschluss der IHK Berlin zum 31. Dezember 2014

Jahresabschluss der IHK Berlin zum 31.12.2014

1. Lagebericht
2. Bilanz zum 31.12.2014
3. Erfolgsrechnung 2014
4. Finanzrechnung 2014
5. Anhang
 - Erläuterungen zur Bilanz
 - Erläuterungen zur Erfolgsrechnung
 - Erläuterungen zur Finanzrechnung
 - Sonstige Angaben
6. Anlagenspiegel

Lagebericht der IHK Berlin für das Geschäftsjahr 2014

Berliner Wirtschaft entwickelte sich auch 2014 positiv

Die Berliner Wirtschaft setzte auch 2014 ihren Wachstumskurs fort, verlor im bundesweiten Vergleich aber etwas an Boden. Mit einem Wirtschaftswachstum von preisbereinigt 1,2 Prozent im ersten Halbjahr 2014 konnten die Unternehmen der Hauptstadt zwar nahtlos an die Dynamik von 2013 anknüpfen, dennoch rutschte Berlin unter den Bundesdurchschnitt von 1,7 Prozent ab. Grund: die wirtschaftlich stärksten Bundesländer wie Bayern, Baden-Württemberg und Hamburg konnten auf Grund ihrer in den vergangenen Jahren erlittenen stärkeren Einbrüche kräftiger zulegen.

Allerdings lassen die vorläufigen statistischen Angaben erwarten, dass die Berliner Unternehmen bis zum Ende des Jahres noch etwas drauflegen konnten. Bundesweit hatte das Wirtschaftswachstum im vierten Quartal 0,7 Prozent über der Prognose gelegen und das Bruttoinlandsprodukt Deutschlands 2014 um 1,5 Prozent wachsen lassen. Diese Marke erscheint nach Ansicht der Investitionsbank Berlin auch für die Hauptstadt realistisch. Für 2015 sind nach Angaben der Senatswirtschaftsverwaltung 1,7 Prozent angepeilt.

Meist erfreuliche Nachrichten gab es auch auf der Feld der Außenwirtschaft. Nach einem Jahr der Stabilisierung legten die Berliner Exporte 2014 (Januar bis Oktober) um 1,9 Prozent zu. Dabei fanden Waren im Wert von elf Milliarden Euro ihren Weg von Berlin in die Welt. Diese wachsenden Ausfuhren waren angesichts der teils schwierigen Entwicklung wichtiger Exportmärkte wie zum Beispiel Russland bemerkenswert. Die auch von der IHK Berlin unterstützte forcierte Erschließung neuer Auslandsmärkte in den vergangenen Jahren hat sich ausgezahlt.

Die seit 2009 kontinuierlich positive Wirtschaftsentwicklung Berlins hat in den vergangenen Jahren den Jobmotor in der Hauptstadt richtig rund laufen lassen. 2014 entstanden 30.800 neue Arbeitsplätze, gegenüber dem Vorjahr ein Zuwachs von 1,7 Prozent und bundesweit fast jeder zehnte neue Job. Damit stand Berlin im bundesweiten Vergleich zum dritten Mal in Folge an der Spitze der Statistik. Allein in den vergangenen drei Jahren konnten auf Grund der anhaltenden wirtschaftlichen Dynamik in der Stadt rund 100.000 neue Jobs geschaffen

werden. Seit 2005 stieg die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze in Berlin von rund 1,0 auf nunmehr 1,3 Millionen. Zudem gab Berlin Ende 2014 mit einer Arbeitslosenquote von 10,5 Prozent erstmals nach langer Zeit die rote Laterne unter den Bundesländern ab.

In diesem Zusammenhang sind die Bemühungen der IHK Berlin bedeutsam, neben der Betreuung der herkömmlichen dualen Ausbildung in Betrieb und Berufsschule weitere Angebote zu schaffen. Seit Anfang 2014 wurde mehr als 1.000 Unternehmen das neue Angebot „Verbundberatung duale Berufsausbildung in Berlin“ vorgestellt. Das von der Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen finanzierte Projekt unterstützt bei der Suche nach geeigneten Verbundpartnern. So konnten auch Unternehmen, die nicht alle Fachkenntnisse und fachpraktischen Fertigkeiten für den jeweiligen Beruf vermitteln können, gewonnen werden Ausbildungsplätze einzurichten. Insgesamt konnten 70 Ausbildungsverbünde gebildet werden.

Wie wichtig die Fachkräfteausbildung ist, zeigt der demografische Wandel. Der IHK-Fachkräftemonitor prognostizierte 2014 einen Engpass von 76.200 Fachkräften. Davon entfallen allein 85 Prozent (64.000) auf qualifizierte Personen mit Berufsabschluss oder einem höherwertigen Abschluss wie Meister oder Fachwirt. Besonders betroffen sind das Dienstleistungsgewerbe und der Handel mit Engpässen von 35.000 bzw. 10.000 Personen.

Vor diesem Hintergrund wird die Stärkung der Berliner Wirtschaftskraft in den nächsten Jahren auch maßgeblich davon abhängen, inwieweit die Unternehmen überdurchschnittlich innovativ agieren. Dazu will die IHK Berlin einen Beitrag leisten. Die Vollversammlung hat deshalb beschlossen, die Ergebnisse 2012 und 2013 nicht auszuschütten, sondern die eingesparten Mittel in Form der Förderung bildungspolitischer Projekte an die Berliner Wirtschaft zurückzugeben. Durchgeführt wird die Unterstützung durch Bildung einer entsprechenden Rücklage, die innerhalb eines Zeitraumes von 5 Jahren verbraucht werden soll. Unterstützt werden Maßnahmen, die den Firmen helfen, ihren dringend benötigten Fachkräftenachwuchs im dualen wie akademischen Bereich zu sichern. Kleine und mittlere Unternehmen sollen bei der Besetzung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen unterstützt werden, um den zunehmenden Mangel zu begegnen. Die Förderung zielt zudem auch auf neue Wege des Wissens- und Technologietransfers, um im noch stärkerem Maße Forschungsergebnisse aus der Wissenschaft in die Berliner Wirtschaft zu überführen und so die Unternehmen in ihrer Innovationskraft zu stärken. In 2015 werden Mittel bis zur Höhe von 4,0 Mio. € den Unternehmen zur Verfügung gestellt.

Eine weitere Herausforderung besteht darin, insbesondere kleine und mittelständische Unternehmen durch geeignete Rahmenbedingungen und beim Finden von Kooperationspartnern gezielt zu unterstützen, damit sich die gute Berliner Ausgangssituation in Forschung und Lehre noch stärker in der wirtschaftlichen Entwicklung des Standorts niederschlägt. Um diesem Ziel näher zu kommen, hat die IHK Berlin gemeinsam mit Partnern im Dezember 2014 die Kooperationsplattform „marktreif.berlin – Wirtschaft trifft Wissenschaft“ an den Start gebracht. Über diese Plattform sollen Berliner Unternehmen leichter einen passenden Kooperationspartner für marktnahe Forschungs- und Entwicklungsprojekte finden. Bereits beim Auftakt waren 130 Unternehmen mit ihrem Profil auf der Plattform vertreten.

Ein weiteres Hauptaugenmerk legte die IHK Berlin auf die Gründerszene der Hauptstadt. Dazu wurde eine Start-up-Unit gegründet. Weiter wurden u. a. mehr als 100 Start-up-Unternehmen besucht und eine „Lange Nacht der Start-ups“ im Ludwig Erhard Haus organisiert. Außerdem wurden 2014 bereits 20 Prozent der Einstiegsberatungen in englischer Sprache durchgeführt. Ausländische Gründer haben sich in Berlin als wichtige Zielgruppe etabliert. Ebenfalls spezifisch angepasst wurde das Informationsangebot zur Gründung in den verschiedenen Branchen. Mit der Kampagne „Ich mach mich selbstständig!“ brachte die IHK Berlin Unternehmergeist auch 2014 in Schulen und Universitäten.

Ungebrochen ist Berlins nationale und internationale Anziehungskraft auf Touristen. Rund 11,9 Millionen Gäste kamen 2014 in die Stadt, ein Plus von 4,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Die Zahl der Übernachtungen in Hotels und Pensionen stieg auf 28,7 Millionen, ein Zuwachs von 6,5 Prozent. Parallel dazu entwickelten sich auch die Fluggastzahlen der Airports Tegel und Schönefeld. Dort wurden knapp 28 Millionen Passagiere abgefertigt, rund 1,7 Millionen mehr als ein Jahr zuvor. Angesichts dieser Entwicklungen drängt die IHK nach wie vor auf eine möglichst rasche Eröffnung des neuen Flughafens BER.

Aktiv und erfolgreich hat sich die IHK Berlin auch eingebracht, wenn es darum ging, Standorte weiterzuentwickeln beziehungsweise neue Perspektiven für Zukunftsstandorte aufzuzeigen. Gemeinsam mit vielen hochrangigen Vertretern aus Unternehmen, Wissenschaft und Forschung, Berlin Partner für Wirtschaft und Technologie sowie der Technologiestiftung Berlin hat die IHK Berlin das Thema Smart City angestoßen.

Zudem hat die IHK Berlin dafür gesorgt, Planungsverfahren der Bezirke und der Senatsverwaltung transparent und partizipativ zu gestalten. Rund 6.000 Unternehmen wurden über geplante bauliche Entwicklungen in ihrer Nachbarschaft informiert und konnten Hinweise dazu über das IHK-Planungsbeteiligungsportal online an die IHK Berlin schicken. Die IHK Berlin hat außerdem rund 80 Stellungnahmen zu laufenden Bauleitplanverfahren abgegeben.

Geschäftsverlauf, Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die im Jahr 2010 begonnene finanzielle Entlastung der Mitglieder wurde auch im Geschäftsjahr 2014 fortgesetzt. Nach den beitragsmäßigen Entlastungen in den Jahren 2010, 2011 und 2013 erfolgte auch im Berichtsjahr eine weitere Reduzierung des Umlagehebesatzes von 0,23 % auf 0,21 % des Gewerbeertrages bzw. des Gewinns aus Gewerbebetrieb. Darüber hinaus wurde für alle ab 2012 abgeschlossenen Ausbildungsverhältnisse der Deckungsgrad auf 50 % Prozent gesenkt, was einem Entlastungsvolumen für die ausbildenden Unternehmen von 3 Mio. € pro Ausbildungsjahrgang entspricht. Insgesamt ist damit die Berliner Wirtschaft seit 2010 um bis zu 72,0 Mio. € entlastet worden.

Diese Entwicklung ist nur durch den langjährigen konsequenten Sparkurs sowie die gute konjunkturelle Entwicklung der Berliner Wirtschaft in den Jahren 2004 bis 2014 möglich geworden. Deshalb wurde 2012 der Prozess der Vermögensbildung abgeschlossen. Der nicht mehr zur erforderlichen Vermögensbildung benötigte Überschuss des Geschäftsjahres 2012 in Höhe von 11,66 Mio. € wurde nach einer im Januar 2014 getroffenen Entscheidung der Vollversammlung nicht erstattet, sondern einer neu gebildeten Rücklage für bildungspolitische Zwecke zugeführt. Auch das Ergebnis 2013 von 3,36 Mio. € wurde auf Beschluss der Vollversammlung der Rücklage zugeführt, so dass 15,0 Mio. € für die Förderung zur Verfügung stehen (s. o.).

Das Bilanzvolumen der IHK Berlin ist gegenüber dem 31. Dezember 2013 um 3,0 Mio. € auf 266,9 Mio. € gestiegen. Die Zunahme basiert überwiegend auf der Zunahme des Anlagevermögens um 3,8 Mio. €, während das Umlaufvermögen um 0,9 Mio. € abgenommen hat. Die Volumenveränderung manifestiert sich im Anstieg des Eigenkapitals. Auf der Aktivseite steigen die Finanzanlagen um 2,6 Mio. €. Vom Finanzanlagevermögen entfallen 78,6 Mio. € auf zwei der Immobilien-Vermietungsgesellschaft von Quistorp & Co. Objekt Berlin KG gewährten Darlehen. Die Darlehensgewährungen erfolgten im Rahmen der Finanzierung des Ludwig Erhard Hauses. Der Zuwachs bei den Wertpapieren des

Anlagevermögens beträgt 3,9 Mio. € und resultiert aus der Umwidmung von Umlaufvermögen. Eine weitere Umwidmung von flüssigen Mitteln in Finanzanlagen zur Deckung der für die Vorsorge erforderlichen Rücklagen und Rückstellungen erfolgte wegen des geringen Zinsniveaus und der damit erzielbaren Renditen nicht.

Auf der Passivseite erhöht sich das Eigenkapital 2014 um 2,9 Mio. € auf 155,2 Mio. €. Es ist vorgesehen, das Ergebnis von 3,3 Mio. € der Rücklage Pensionen für Risiken außerhalb BilMoG zuzuführen, da in den nächsten Jahren aufgrund des Absinken des Abzinsungssatzes erheblicher Zuführungsbedarf zu den Pensionsrückstellungen prognostiziert wird. Dieser soll aus der Rücklage finanziert werden. 2018 soll Rechnungszins 2,31 % betragen.

Erhöht wurden die Pensionsrückstellungen um 1,9 Mio. € auf 41,7 Mio. €, die Steuerrückstellung wurde mangels Inanspruchnahme aufgelöst und die sonstigen Rückstellungen bewegen sich auf Vorjahresniveau (3,1 Mio. €). Insgesamt betragen die Rückstellungen 44,8 Mio. €.

Die Verbindlichkeiten haben gegenüber 2013 um 0,2 Mio. € auf 65,7 Mio. € abgenommen. Dies resultiert aus dem Rückgang der Verbindlichkeiten gegenüber den Kreditinstituten, die sonstigen Verbindlichkeiten sind dagegen wegen zum Jahreswechsel ausstehender Rechnungen für die Instandhaltung des LEH und dem weiteren Einbehalt von Anteilen der Leasingraten angestiegen. Die Zurückhaltung erfolgt seit dem 4. Quartal 2012, weil die Leasingrate – nach Auffassung der IHK Berlin - die Summe der Teilbeträge für die Verzinsung des Eigenkapitals, die tatsächlichen Zinsen auf das Fremdkapital sowie die Amortisation des Leasingobjektes in der vereinbarten Höhe übersteigt.

Auf Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten entfallen 60,7 Mio. €, die ausschließlich zur Finanzierung des LEH aufgenommen wurden. Im März 2015 ist das Darlehen vorzeitig zum 30. Juni 2015 gekündigt worden, so dass künftig keine mittel- und langfristigen Verbindlichkeiten mehr bestehen.

Die Ertragslage ist erheblich durch die Beiträge geprägt. Sie tragen mit 74,8 % zu den Betriebserträgen bei. Auf Umlagen entfallen 57,0 % und auf Grundbeiträge 43,0 % des Beitragsaufkommens.

Die Gebühren, die die IHK Berlin für hoheitliche Tätigkeiten erhebt, tragen mit 7,3 Mio. € zu den Erträgen bei. Davon entfallen 73,0 % (Vorjahr 76,6 %) auf die Betreuungs- und Prüfungsgebühren der Berufsaus- und -weiterbildung. Das gegenüber dem Vorjahr

rückläufige Aufkommen der Ausbildungsgebühren resultiert mit aus der zu Beginn des Geschäftsjahres 2012 vorgenommen Reduzierung des Deckungsgrades auf 50 % für alle neu abgeschlossenen Ausbildungsverhältnisse. Die sonstigen Gebühren setzen sich aus den Prüfungs- und Unterrichtsgebühren der Sach- und Fachkunde und den Beglaubigungen von Außenhandelsdokumenten sowie den Aufgaben „Registrierung der Finanzanlagen- und Versicherungsvermittler“ zusammen.

Die Entgelte und sonstigen betrieblichen Erträge tragen mit 7,7 Mio. € zu dem Aufkommen bei. Die Erträge aus Entgelten haben daran einen Anteil von 2,7 Mio. €. Die Erträge aus Entgelten setzen sich überwiegend aus Entgelten aus Lehrgängen, Seminaren und Veranstaltungen (77,1 %) zusammen. Der Betrieb des LEH steuert zu den Nebenerlösen 2,3 Mio. € bei. Die Auflösung von Rückstellungen tragen mit 1,6 Mio. € zu dem Ergebnis bei.

Unter den Betriebsaufwendungen bilden der Personalaufwand und die sonstigen betrieblichen Aufwendungen mit 17,6 Mio. € bzw. 29,6 Mio. € die größten Posten. Von dem Personalaufwand entfallen auf Gehälter (einschl. Aushilfen, Altersteilzeit, Veränderung der Personalarückstellungen) 14,2 Mio. €. Davon entfallen auf Gehälter aus befristeten und unbefristeten Arbeitsverhältnissen 14,1 Mio. €. Zum Jahresende waren 261 Mitarbeiter beschäftigt, dies entspricht einer Personalkapazität von 237,11 Vollzeitäquivalenten. Weitere 10 Mitarbeiter mit einer Personalkapazität von 7,89 Vollzeitäquivalenten sind befristet in Projekten tätig.

Für die Veränderungen der Pensionsverpflichtungen waren 0,6 Mio. € beim Personalaufwand und im Finanzergebnis 3,6 Mio. € für die Abzinsung aufzubringen. Der Betrag schließt die Aufwendungen für 193 Ruhegehälter bzw. Hinterbliebenenversorgung mit ein. 529 Personen haben Anspruch auf eine Altersversorgung.

Die Aufwendungen für die Leasingraten des LEH, des Erbbauzins und der Miete für die 1,5 Etagen im Gebäude Hardenbergstraße 20 haben mit 14,9 Mio. € einen Anteil von 50,2 % an den sonstigen betrieblichen Aufwendungen. Für die outgesourcten Dienstleistungen (operative Dienstleistungen für das LEH und dessen Steuerung, Expedition, EDV, Berlin Partner GmbH, Rechts- und Beratungskosten) fielen 3,5 Mio. € an, davon 1,9 Mio. € für die Bewirtschaftung des LEH. Für dessen Instandhaltung waren 2,3 Mio. € aufzuwenden, u. a. für die Fortsetzung der Erneuerung Gebäudeleitechnik und der Brandmeldetechnik, Sanierung von WC-Anlagen im Konferenzzentrum sowie der Vorplanung für die Sanierung und Umgestaltung der Passage mit dem Einbau eines Business-Welcome-Centers.

Die anderen sonstigen betrieblichen Aufwendungen haben 4,0 Mio. € betragen, davon entfallen auf Abschreibungen auf Forderungen, Wertberichtigungen 3,7 Mio. €. Dies ist überwiegend auf die Wertberichtigung zweier Beitragsforderungen aus Sanierungsgewinnen zurückzuführen, da mit einem Erlass der Finanzverwaltung zu rechnen ist.

Vom Materialaufwand von 7,6 Mio. € entfallen 1,1 Mio. € auf Materialeinsatz und 6,5 Mio. € auf bezogene Fremdleistungen. Unter Materialaufwand sind alle nach außen gerichteten betrieblichen Leistungen und Produkte zu verstehen, unabhängig davon, ob eine Gebühr oder ein Entgelt erhoben wird.

Das Finanzergebnis schließt erstmalig mit einem Verlust von 139 T€ ab. Ursächlich ist der Abzinsungsaufwand für die Pensionsrückstellungen in Höhe von 3,6 Mio. €. Aufgrund der Prognosen zur Senkung des Rechnungszinssatzes ist in den kommenden Jahren mit weiterem erheblichem Zuführungsbedarf zu den Pensionsrückstellungen zu rechnen.

Investitionen

Die IHK Berlin hat im Geschäftsjahr 2014 insgesamt 2,2 Mio. € in das immaterielle Vermögen und 0,4 Mio. € in Sachanlagen sowie 4,5 Mio. € in Finanzanlagen investiert. Als wesentliche Sachanlagen wurden Möbel und Hardware angeschafft. Für die Fertigstellung der Lucida Systeme Kunden-Beziehungsmanagement und Themenmanagement wurden 1,1 Mio. € aufgewendet. Weitere 0,8 Mio. € entfielen auf die Projekte Identity-Management, Mitarbeiterportal und Extranet. Die Anlage in Finanzanlagen erfolgte durch Umwidmung von Umlaufvermögen. Gemäß den Vorgaben der konservativen Anlagerichtlinie und mangels attraktiver Angebote erfolgten die Anlagen in Festgeld und festverzinslichen Wertpapieren.

Finanzlage

Die Finanzlage ist durch die gute Ertragslage und die Vorsorge der vergangenen Jahre geprägt. Der Finanzmittelbestand hat sich leicht, um 47,0 T€, erhöht. Die Liquidität des Geschäftsjahres hat ausgereicht sämtliche Verpflichtungen zu erfüllen, sowie die Investitionen zu finanzieren. Rund die Hälfte der Investitionen entfällt auf Finanzanlagen. Mit liquiden Mittel und Wertpapieren des Anlagevermögens von insgesamt von 155,5 Mio. € ist ausreichend Vorsorge getroffen für den in 2015 anstehenden Mittelabfluss von rund 71,5 Mio. €

Chancen und Risiken

Die IHK Berlin hat in den vergangenen Jahren ein Risiko- und Compliance-Managementsystem entwickelt (RCMS) entwickelt, implementiert und weiter ausgebaut. Das System ist Teil des internen Kontrollsystems. Mittels des Risiko-Managementsystems werden monetäre und nicht monetäre Risiken in den Geschäftsbereichen und im Facility Management überwacht und gesteuert. Mittels eines Compliance-Managementsystems wurde der organisatorische Rahmen geschaffen, um die Einhaltung von Regeln sicherzustellen und Regelverstöße frühzeitig zu erkennen. Die IHK sieht in der Bündelung beider Systeme Synergieeffekte und Effizienzvorteile, zumal die Compliance-Risiken als Teilmenge der gesamten Unternehmensrisiken anzusehen sind. Die IHK untersucht jährlich, ob aufgrund aktueller Erkenntnisse neue Risiken in den Bestand aufzunehmen sind, Risiken aus dem Vorjahr in der Form nicht mehr existieren, sich bei bestehenden Risiken die individuelle Eintrittswahrscheinlichkeit bzw. Schadenshöhe im Vergleich zum Vorjahr geändert haben und gegebenenfalls die Vorsorge anzupassen ist. Die Risiken wurden in sieben Hauptrisikogruppen, 31 Risikogruppen und 117 Einzelrisiken geclustert. Je nach Risiko erfolgt eine viertel-, halb- oder jährliche Bewertung mit Compliancerelevanz und Dokumentation.

Die Wirksamkeit der eingesetzten Maßnahmen zur Identifizierung von rechnungslegungsbezogenen Risiken hat die Rechnungsprüfungsstelle für die IHKs in einer weiteren Prüfung des internen Kontrollsystems im Geschäftsjahr bestätigt. Risiken, die den Fortbestand der IHK Berlin unter Substanz- und Liquiditätsgesichtspunkten gefährden oder die zukünftige Entwicklung wesentlich beeinträchtigen könnten, werden aktuell nicht gesehen.

Für alle im abgelaufenen Geschäftsjahr erkennbaren Risiken wurden, soweit die Voraussetzungen für eine bilanzielle Berücksichtigung gegeben waren, im Rahmen des Jahresabschlusses Vorsorge getroffen.

Wesentliche Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Die IHK Berlin hat im März 2015 das Schuldscheindarlehen der Landesbank Berlin zum 30. Juni 2015 vorzeitig gekündigt. Mit der Zahlung der Restverbindlichkeit werden sämtliche

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten getilgt. Auch das Zinssatz-Swap-Geschäft wird spätestens zu dem Datum aufgelöst.

Im März 2015 hat das Landgericht Berlin entschieden, dass der mit der ILV Immobilien-Leasing Verwaltungsgesellschaft Düsseldorf mbH geschlossene Immobilienleasingvertrag über das LEH mit einer Laufzeit von 30 Jahren bis zum 30. September 2027 als auf unbestimmte Zeit geschlossen anzusehen ist. Die ILV hat gegen die Entscheidung Berufung eingelegt. Bezüglich des Zwischengewinns, den sich die ILV seit 2012 in substantieller Form zieht, wurde entschieden, dass dieser rechtmäßig ist. Gegen das Urteil hat die IHK keine Berufung eingelegt. Die im Tenor bezeichneten Verbindlichkeiten hat die IHK im März 2015 beglichen.

Die IHK Berlin hat der Immobilien-Vermietungsgesellschaft von Quistorp & Co. Objekt Berlin KG, Düsseldorf, zwei Darlehen gewährt, die zum 31. Dezember 2014 noch mit 78,6 Mio. € valutieren. Zum Ende der Laufzeit, Dezember 2026, soll die Restforderung in Höhe von 52,1 Mio. € durch den Verkaufserlös des LEH abgedeckt werden. Aufgrund des Unikatcharakters des Gebäudes, der hohen Unterhalts- und Instandhaltungskosten und geänderter Marktverhältnisse als zum Zeitpunkt der Auflegung des Immobilienfonds im Jahre 1995 ist eine Neubewertung der Immobilie durchgeführt worden. Der Verkehrswert wird zum Ende 2026 auf 27,1 Mio. € prognostiziert, was eine Wertberichtigung der Forderungen um 25 Mio. € in dem im Januar 2015 verabschiedeten Wirtschaftsplan 2015 erfordert.

Aktuelle Entwicklung und Ausblick 2015

Die Wirtschaftsführung 2015 der IHK Berlin steht wie in den Vorjahren unter dem Primat der strengen Haushaltsführung. Dazu gehört insbesondere eine effiziente Personal- und Finanzstrategie, ohne dabei Abstriche an der Leistungsfähigkeit zu machen. Der sich aus der Wertberichtigung eines Teils der Darlehensforderungen gegenüber der IVG ergebende Finanzierungsbedarf erfolgt gemäß Wirtschaftsplan 2015 durch Inanspruchnahme von Rücklagen. Die für die Ablösung des Schuldscheindarlehens und des Zinssatz-Swap-Geschäftes zum 30. Juni 2015 erforderliche Liquidität wird vorgehalten (s.o.). Aufgrund entsprechender Vorsorge belasten die einmaligen Ausgaben und Aufwendungen des Geschäftsjahres 2015 nicht die Finanz- und Vermögenslage der IHK Berlin.

Das erstinstanzliche Urteil ermöglicht der IHK den Leasingvertrag mit einer Frist von sechs Monaten zu kündigen. Unter Vorbehalt der Zustimmung der Gremien soll die Vereinbarung

zum 30. Juni 2016 gekündigt werden. Da die ILV gegen die gerichtliche Entscheidung Berufung eingelegt hat, soll mit der ILV eine Übereinkunft zum Verbleib im LEH und zu dessen Nutzung für die Dauer des Rechtsstreites geschlossen werden. Die Höhe der Leasingraten soll deutlich sinken und sich den Marktverhältnissen annähern. Sich daraus ergebende Einsparungen könnten zur Senkung der Beiträge genutzt werden.

Hinsichtlich der Beitragsentwicklung und der betriebswirtschaftlichen Risiken korrespondieren die Perspektiven der IHK Berlin mit den tendenziell positiven Konjunktüreinschätzungen der Mitglieder.

Die Vollversammlung der IHK Berlin hat im März 2015 den bundesweiten IHK-Compliance-Kodex verabschiedet. Die Richtlinie bündelt das bereits bestehende kammerinterne Regelwerk.

Berlin, den 4. Mai 2015

gez. Dr. Eric Schweitzer
Präsident

gez. Jan Eder
Hauptgeschäftsführer

Bilanz der IHK Berlin zum 31.12.2014

AKTIVA	Bilanz per		PASSIVA	Bilanz per	
	31.12.2014	31.12.2013		31.12.2014	31.12.2013
A. Anlagevermögen	215.674.184,02	211.852.451,61	A. Eigenkapital	155.244.504,09	152.381.711,45
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	3.388.601,48	1.787.802,73	I. Nettoposition	7.489.575,22	7.489.575,22
1. Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte, sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	2.235.414,00	764.091,00	II. Ausgleichsrücklage	24.348.000,00	24.348.000,00
2. Geleistete Anzahlungen	1.153.187,48	1.023.711,73	III. Andere Rücklagen	120.130.336,23	105.526.718,96
II. Sachanlagen	10.073.270,50	10.463.319,24	IV. Ergebnisvortrag	0,00	11.656.739,01
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten, einschließlich Bauten auf fremden Grundstücken	8.679.453,00	8.683.984,00	V. Ergebnis	3.276.592,64	3.360.678,26
2. Technische Anlagen und Maschinen	38.149,00	30.667,00			0,00
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.346.712,54	1.748.668,24	B. Sonderposten	0,00	0,00
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	8.955,96	0,00	I. Sonderposten für Planreste	0,00	0,00
III. Finanzanlagen	202.212.312,04	199.601.329,64	II. Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	0,00	0,00
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	0,00	0,00	C. Rückstellungen	44.779.686,91	44.056.420,72
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	0,00	0,00	1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	41.665.443,00	39.721.368,00
3. Beteiligungen	0,00	1,00	2. Steuerrückstellungen	0,00	1.172.000,00
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,00	0,00	3. Sonstige Rückstellungen	3.114.243,91	3.163.052,72
5. Wertpapiere des Anlagevermögens (einschl. Festgelder)	113.641.091,75	109.726.087,81	D. Verbindlichkeiten	65.740.914,50	65.927.408,70
6. Sonstige Ausleihungen und Rückdeckungsansprüche	88.571.220,29	89.875.240,83	1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	60.746.928,35	62.781.239,92
B. Umlaufvermögen	50.791.956,10	51.672.478,07	2. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	8.084,42	8.067,40
I. Vorräte	382.232,63	446.978,49	3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.669.397,39	1.176.367,40
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	50.515,30	70.962,95	4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	0,00	0,00
2. Unfertige Leistungen	331.717,33	376.015,54	5. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,00	0,00
3. Fertige Leistungen	0,00	0,00	6. Sonstige Verbindlichkeiten	3.316.504,34	1.961.733,98
4. Geleistete Anzahlungen	0,00	0,00			
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	6.542.940,00	7.405.250,81	E. Rechnungsabgrenzungsposten	1.137.503,54	1.490.878,98
1. Forderungen aus Beiträgen, Gebühren, Entgelten und sonstigen Lieferungen und Leistungen	5.348.543,23	5.862.147,03			
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	0,00	0,00			
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,00	0,00			
4. Sonstige Vermögensgegenstände	1.194.396,77	1.543.103,78			
III. Wertpapiere	2.017.733,41	2.017.733,41			
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	2.017.733,41	2.017.733,41			
2. Sonstige Wertpapiere	0,00	0,00			
IV. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	41.849.050,06	41.802.515,36			
C. Rechnungsabgrenzungsposten	436.468,92	331.490,17			
SUMME AKTIVA	266.902.609,04	263.856.419,85	SUMME PASSIVA	266.902.609,04	263.856.419,85

Berlin, den 4. Mai 2015

 gez. Dr. Eric Schweitzer
Präsident

 gez. Jan Eder
Hauptgeschäftsführer

Erfolgsrechnung der IHK Berlin für das Geschäftsjahr 2014

	Beträge in €	
	Ist 2014	Ist 2013
1. Erträge aus IHK-Beiträgen	44.164.819,91	41.514.003,37
2. Erträge aus Gebühren	7.280.275,62	7.657.930,11
3. Erträge aus Entgelten	2.663.109,27	2.649.124,01
4. Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an fertigen und unfertigen Leistungen	-44.298,21	-189.011,79
5. Andere aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00
6. Sonstige betriebliche Erträge	5.012.696,45	3.892.958,34
davon: Erträge aus Erstattungen	130.044,96	129.684,11
davon: Erträge aus öffentlichen Zuwendungen	238.330,29	218.402,31
davon: Erlöse aus dem Ludwig-Erhard-Haus	2.298.597,88	2.319.214,55
Betriebserträge	59.076.603,04	55.525.004,04
7. Materialaufwand	-7.560.118,07	-7.291.532,62
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- u. Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-1.082.180,73	-1.096.181,38
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-6.477.937,34	-6.195.351,24
8. Personalaufwand	-17.552.812,13	-16.402.680,77
a) Gehälter	-14.215.645,30	-13.665.400,07
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	-3.337.166,83	-2.737.280,70
9. Abschreibungen	-1.315.002,16	-874.383,01
a) Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-1.315.002,16	-874.383,01
b) Abschreibungen auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die in der IHK üblichen Abschreibungen überschreiten	0,00	0,00
10. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-29.646.241,13	-29.578.727,29
davon: Mieten, Pachten, Erbbauzinsen u. Leasing	-14.883.174,66	-14.870.588,23
davon: Aufwendungen für Fremdleistungen (u.a. Bewirtschaftung LEH, EDV-Dienstleistungen, Miete Hardenbergstraße, Dienstleistungsentgelt Berlin Partner GmbH)	-3.457.250,02	-3.382.354,80
Betriebsaufwand	-56.074.173,49	-54.147.323,69
Betriebsergebnis	3.002.429,55	1.377.680,35
11. Erträge aus Beteiligungen	4.220,00	29.450,00
12. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	6.395.272,51	6.754.074,20
13. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	184.987,10	418.417,85
davon: Erträge aus Abzinsung	0,00	131.095,44
14. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	-175.001,00	-385.394,00
15. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-6.548.462,58	-4.832.937,81
davon: Aufwendungen aus Aufzinsung	-3.650.254,00	-1.970.095,37
Finanzergebnis	-138.983,97	1.983.610,24
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	2.863.445,58	3.361.290,59
16. Außerordentliche Erträge	0,00	0,00
17. Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00
Außerordentliches Ergebnis	0,00	0,00
18. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-2,94	0,00
19. Sonstige Steuern	-650,00	-655,00
20. Jahresergebnis	2.862.792,64	3.360.635,59
21. Ergebnisvortrag aus dem Vorjahr (+ Überschuss / - Fehlbetrag)	15.017.417,27	11.656.739,01
22. Entnahmen aus Rücklagen	413.800,00	42,67
- aus anderen Rücklagen	413.800,00	42,67
23. Einstellungen in Rücklagen	-15.017.417,27	0,00
davon in die Ausgleichsrücklage	0,00	0,00
davon in die Liquiditätsrücklage	0,00	0,00
davon in die Kredittilgungsrücklage Ludwig-Erhard-Haus	0,00	0,00
davon in die Rücklage für Instandsetzungen des Ludwig-Erhard-Hauses	0,00	0,00
davon in die Rücklage Pensionen für Risiken außerhalb BilMoG	0,00	0,00
24. Ergebnis	3.276.592,64	15.017.417,27
nachrichtlich: Ergebnisverwendungsvorschlag	3.276.592,64	15.017.417,27
davon Einstellung in die Ausgleichsrücklage	0,00	0,00
davon Einstellung in die Liquiditätsrücklage	0,00	0,00
davon Kredittilgungsrücklage Ludwig-Erhard-Haus	0,00	0,00
davon Instandsetzung des Ludwig-Erhard-Hauses	0,00	0,00
davon in die Rücklage Pensionen für Risiken außerhalb BilMoG	3.276.592,64	0,00
davon Ergebnisvortrag	0,00	0,00
davon Rücklage für bildungspolitische Zwecke	0,00	15.017.417,27

Finanzrechnung der IHK Berlin für das Geschäftsjahr 2014

	Beträge in €	
	Ist 2014	Ist 2013
1. Jahresergebnis (+ Jahresüberschuss / - Jahresfehlbetrag) vor außerordentlichen Posten	2.862.792,64	3.360.635,59
2. a) +/- Abschreibungen / Zuschreibungen	1.490.002,16	1.259.583,01
b) - Erträge aus Auflösung Sonderposten	0,00	0,00
3. +/- Veränderungen Rückstellungen / RAP	264.912,00	645.705,51
4. +/- Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen und Erträge	0,00	0,00
5. +/- Abgänge von Gegenständen des Anlagevermögens	-84.955,63	-175.740,05
6. +/- Veränderungen aus der Abnahme und Zunahme der Vorräte, der Forderungen aus IHK-Beiträgen, Gebühren, Entgelten und sonstigen Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	927.056,67	1.534.205,21
7. +/- Veränderungen aus der Zunahme und Abnahme der Verbindlichkeiten aus IHK-Beiträgen, Gebühren, Entgelten und sonstigen Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	1.847.817,37	1.260.290,73
8. +/- Außerordentliche Posten	0,00	0,00
9. = Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	7.307.625,21	7.884.680,00
10. + Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	0,00	0,00
11. - Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-373.554,05	-759.191,40
12. + Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens	0,00	0,00
13. - Auszahlungen für Investitionen des immateriellen Anlagevermögens	-2.155.157,55	-1.402.415,93
14. + Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	1.846.529,47	1.959.230,58
15. - Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-4.544.596,81	-9.654.290,20
16. = Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-5.226.778,94	-9.856.666,95
17. a) + Einzahlungen aus der Aufnahme von (Finanz-) Krediten	0,00	0,00
b) + Einzahlungen aus Investitionszuschüssen	0,00	0,00
18. - Auszahlungen aus der Tilgung von (Finanz-) Krediten	-2.034.311,57	-2.034.557,64
19. = Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-2.034.311,57	-2.034.557,64
20. Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestandes	46.534,70	-4.006.544,59
21. + Finanzmittelbestand am Anfang der Periode	41.802.515,36	45.809.059,95
22. Finanzmittelbestand am Ende der Periode	41.849.050,06	41.802.515,36



**Anhang
der IHK zu Berlin
zum Jahresabschluss
für das Geschäftsjahr 2014**

Anhang

Vorbemerkungen

Für das Rechnungswesen samt Jahresabschluss der IHKs sind nach § 3 Abs. 7a IHKG die Grundsätze kaufmännischer Rechnungslegung und Buchführung in sinngemäßer Weise nach dem Dritten Buch des HGB in der jeweils geltenden Fassung anzuwenden. Das Nähere wird durch Satzung unter Beachtung des staatlichen Haushaltsrechts geregelt.

Die IHK Berlin hat zum 31. Dezember 2014 einen Jahresabschluss nach den Grundsätzen der kaufmännischen doppelten Buchführung gemäß § 14 Finanzstatut vom 20. September 2006 (FS), zuletzt geändert am 10. September 2014 i. V. m. den Richtlinien zur Ausführung des Finanzstatuts vom 11. September 2014 (RFS) aufgestellt.

Die Regelungen und Ausführungen des Finanzstatuts folgen grundsätzlich den für alle Kaufleute geltenden Rechnungslegungsvorschriften (§§ 238 bis 257, 284 bis 286 und 289 HGB) unter Berücksichtigung der Aufgabenstellung und Organisation der IHKs und ihrer Einbindung in das öffentliche Haushaltsrecht.

Gliederungsgrundsätze

Die Gliederung der Bilanz erfolgt nach dem in Anlage III FS vorgeschriebenem Gliederungsschema. Leerzeilen bzw. -posten werden ausgewiesen.

Die Vermögensverwaltung und die BgAs Verpachtung, Drucksachenverkauf, Messen und Veranstaltungen sowie Weiterbildung werden im Jahresabschluss zusammengefasst in der Bilanz ausgewiesen. Die Werte des LEH sind bei den entsprechenden Bilanzpositionen, jeweils zusammengefasst als LEH, dargestellt.

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Für den Ansatz und die Bewertung der Vermögensgegenstände und Schulden sind grundsätzlich das FS, die RFS, die Sondervorschriften zur Erstellung der Eröffnungsbilanz sowie die §§ 246 ff. HGB sinngemäß maßgeblich. Die Bewertung der Vermögensgegenstände (VG) und Schulden im Rahmen der Eröffnungsbilanz (1. Januar 2007) erfolgte gemäß Anlage 7 RFS. Dabei waren die Vermögensgegenstände grundsätzlich zu Zeitwerten anzusetzen.

Im Einzelnen kamen folgende Wertansätze beim vorliegenden Jahresabschluss zur Anwendung:

Anlagevermögen

Immaterielle Vermögensgegenstände Die immateriellen VG wurden zu Anschaffungskosten abzüglich planmäßiger linearer Abschreibungen bewertet. Die Abschreibungen entsprechen der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer der Vermögensgegenstände in der IHK.

Die Abschreibungen werden linear vorgenommen. Dabei werden die steuerlich anerkannten AfA-Tabellen zugrunde gelegt. Danach ist bei immateriellen Vermögensgegenständen eine Nutzungsdauer von drei oder fünf Jahren, bei IHK-spezifischer Software acht Jahre, angesetzt.

Grundstück Die Bewertung des unbebauten Grundstücks erfolgte im Rahmen der Eröffnungsbilanz durch ein Sachverständigengutachten. Dabei wurde der Grundstücksanteil Fasanenstraße 83 - 85 nach Bodenrichtwert (Vergleichswertverfahren) bewertet.

Technische und andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung Die Betriebs- und Geschäftsausstattung wurde zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet.

Vor 2008 angeschaffte Geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG) sind insgesamt mit einem Erinnerungswert von 1,00 € ausgewiesen. Für die in den Geschäftsjahren 2010 bis 2014 angeschafften GWG (Anschaffungswert zwischen 150 € und 1.000 €) besteht jeweils ein Pool.

Die Abschreibungswerte orientieren sich an der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer, die auf den amtlichen AfA-Tabellen basieren. Die GWG werden über fünf Jahre abgeschrieben. Die Nutzungsdauer ist daher bei technischen Anlagen mit drei bis elf Jahren, bei der Betriebs- und Geschäftsausstattung mit drei bis 13 Jahren bemessen.

Wertpapiere des Anlagevermögens

Festverzinsliche Wertpapiere sind mit den Anschaffungskosten, maximal Nennwert, unter Beachtung des Niederstwertprinzips angesetzt. Die Geldanlagen werden in der Regel bis zur Fälligkeit gehalten. Die Position beinhaltet auch die Festgeldanlagen für die Ausgleichsrücklage und die anderen Rücklagen, diese sind zum Nennwert ausgewiesen. Da diese Rücklagen langfristig gebunden sind und der IHK Berlin nicht zum kurzfristigen Wirtschaften zur Verfügung stehen, werden diese Anlagen hier als Anlagevermögen ausgewiesen.

Ausleihungen und Rückdeckungsansprüche

Ausleihungen und Rückdeckungsansprüche sind, soweit sie nicht mit dem Barwert oder Rückkaufswert angesetzt sind, zum Nennwert bilanziert. Die Aktivwerte der Rückdeckungsversicherungen entsprechen den Werten für die Ertragssteuerbilanz zum 31. Dezember 2014. Einlagengesicherte Schuldscheindarlehen sind bei der Position zum Nennwert ausgewiesen, höchstens mit den Anschaffungskosten. Unter den sonstigen Ausleihungen sind auch die Anteile an den Unternehmen aufgeführt, die die IHK aus sachlichen, standortfördernden oder ordnungspolitischen Gründen hält. Sie sind mit den Anschaffungskosten angesetzt.

Umlaufvermögen

Vorräte und
Unfertige Leistungen

Das Vorratsvermögen wurde zu den Einkaufspreisen bewertet. Aufgrund des Erhebungszeitpunktes der Betreuungsgebühren treten im Bereich der Berufsausbildung unfertige Leistungen auf. Die Ermittlung erfolgt anhand der abgeschlossenen Ausbildungsverträge pro rata temporis.

Forderungen und sonstige
Vermögensgegenstände

Die Forderungen aus Beiträgen, Gebühren, Entgelten und sonstigen Lieferungen und Leistungen sowie die sonstigen Vermögensgegenstände sind zum Nominalbetrag oder dem niedrigeren beizulegenden Wert, unter Beachtung des Niederstwertprinzips, bewertet worden. Die Forderungen aus Beiträgen wurden, gemäß dem Zahlungsverhalten der vergangenen Jahre in pauschalierter Form wie folgt einzelwertberichtigt:

Geschäftsjahre	HR	KGT
2014	20 %	20 %
2013	40 %	50 %
2012	60 %	80 %
2011	80 %	100 %
2010 und weitere	100 %	100 %

Für Forderungen aus Gebühren, Entgelten und sonstigen Lieferungen und Leistungen wurden Pauschalwertberichtigungen in Höhe von 2 % gebildet, sofern diese nicht zuvor einzelwertberichtigt wurden.

Anteile an verbundenen
Unternehmen und
Beteiligungen

Die Anteile an dem verbundenen Unternehmen Wohnheim Reichsstraße GmbH sind mit dem voraussichtlichen Verkaufserlös und den Zuzahlungen in das Eigenkapital der Gesellschaft bewertet.

Flüssige Mittel

Die Guthaben sind zum Nominalwert ausgewiesen.

**Aktiver Rechnungs-
abgrenzungsposten**

Als aktive Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen werden die bis zum Bilanzstichtag erfolgten Ausgaben, soweit sie auf künftige Perioden entfallen. Im Übrigen gilt für die Aufnahme als aktiver Rechnungsabgrenzungsposten grundsätzlich eine Wesentlichkeitsgrenze in Höhe von 5.000,00 € im Einzelfall.

Eigenkapital

Rücklagen

Rücklagen sind zum Nominalwert ausgewiesen. Die Entnahme und die Zuführungen erfolgten gemäß Erfolgsplan.

Die zweckbestimmte Ausgleichsrücklage ist gemäß § 15a Abs. 2 FS bis zu 50 % der geplanten Aufwendungen zu dotieren. Sie dient dem Ausgleich ergebniswirksamer Schwankungen. Es handelt sich um eine Pflichtrücklage.

Rückstellungen

Die Rückstellungen wurden nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung in Höhe des Betrages gebildet, mit dem eine künftige Inanspruchnahme wahrscheinlich erfolgen wird. Sie berücksichtigen alle zum Erstellzeitpunkt erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen.

Pensionsrückstellungen

Den Rückstellungen wurden nach den versicherungsmathematischen modifizierten Teilwertverfahren unter Verwendung der Richttafeln 2005 G von Dr. Klaus Heubeck berechnet. Sie wurden pauschal mit dem von der Deutschen Bundesbank für den Dezember 2014 veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre abgezinst, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt. Dieser Zinssatz beträgt 4,53 % p. a. Bei der Ermittlung der Pensionsrückstellungen wurden jährliche Gehaltssteigerungen von 2 % und Rentensteigerungen von 2 % (Vorjahr 2 %) sowie eine Fluktuation von 6 % p. a. sowie das gesetzliche Renteneintrittsalter – 67. Lebensjahr - unterstellt. Die Regelungen von Art. 28 EGHGB kamen nicht zur Anwendung.

Sonstige Rückstellungen Für Rückstellungen aus Altersteilzeitverpflichtungen, Beihilfen und Jubiläen wurden versicherungsmathematische Gutachten eingeholt.

Die Rückstellung für Altersteilzeit wurde unter Anwendung der Richttafeln von Dr. Klaus Heubeck nach dem Stand von 2005 G auf der Basis der Stellungnahme des Instituts der Wirtschaftsprüfer (IDW RS HFA 3) ermittelt. Als Rechnungszinssatz wurden 3,07 % und als Gehaltstrend 2 % (Vorjahr 2 %) angesetzt.

Die Berechnung der Rückstellungen für Jubiläen erfolgte ebenfalls unter Verwendung der Richttafeln 2005 G von Dr. Klaus Heubeck. Als Rechnungszinssatz wurden 4,53 % - der von der Deutschen Bundesbank im Dezember veröffentlichte durchschnittliche Marktzins – angesetzt, der Anwartschaftstrend mit 2 % (Vorjahr 2 %) und die Fluktuation mit 6 % p. a.

Des Weiteren wurden die Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung und die Kosten der gesetzlichen Unfallversicherung berücksichtigt.

Zur Ermittlung der Rückstellung für Beihilfe (eine Person) wurden die Richttafeln 2005 G von Dr. Klaus Heubeck verwendet. Als Rechnungszinssatz wurden 4,53 % wie bei den Pensionsrückstellungen angesetzt.

Die Rückstellungen für Urlaub und Überstunden wurden pauschal aufgrund von Durchschnittswerten unter Berücksichtigung des Arbeitgeberanteils an den Sozialversicherungsbeiträgen ermittelt. Es wurde der Erfüllungsbetrag angesetzt.

Der zurückgestellte Betrag „Rechts- und Beratungskosten“ betrifft die voraussichtlichen Gerichtskosten für anhängige Rechtsstreitigkeiten einschließlich Rechtsanwalts honorare und Gerichtskosten.

Die Rückstellung für Archivierung wurde aufgrund des voraussichtlichen Bedarfs unter Berücksichtigung des gewerblichen Mietmarktes in Berlin gebildet.

Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten sind mit dem Erfüllungsbetrag angesetzt. Gliederung, Restlaufzeiten sowie Besicherungen sind aus dem Verbindlichkeitsspiegel ersichtlich.

Passiver Rechnungsabgrenzungsposten

Bei den passiven Rechnungsabgrenzungsposten handelt es sich um Einzahlungen aus Gebühren für noch laufende Ausbildungsverträge vor dem Bilanzstichtag. Die Gebühren werden jährlich in die Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und über die gesamte Dauer der Ausbildungsverträge zeitanteilig aufgelöst. Dieses Prinzip gilt auch für Entgelte aus Langzeitlehrgängen. Für die übrigen Rechnungsabgrenzungsposten gilt grundsätzlich eine Wesentlichkeitsgrenze in Höhe von 5.000,00 € im Einzelfall.

Erläuterungen zu den Posten der Bilanz zum 31. Dezember 2014

AKTIVA

Anlagevermögen

Immaterielle Vermögensgegenstände

Das immaterielle Anlagevermögen besteht im Wesentlichen aus verschiedenen Softwarelizenzen, bewertet zu Anschaffungskosten unter Berücksichtigung linearer Abschreibung. Die Zugänge resultieren im Wesentlichen aus den Restzahlungen für Software für das Lucida Kundenbeziehungsmanagement sowie weiterer Module der Software für das Lucida Themenmanagement (1.112 T€).

Geleistete Anzahlungen auf Software

Im Geschäftsjahr wurden Abschläge auf Software für das Identity Management, Mitarbeiterportal und Extranet geleistet.

Sachanlagen

Grundstück und Nutzereinbauten im LEH

Der Anteil der IHK am Grundstück Fasanenstraße 83 – 85 beträgt 52 %.

Das Grundstück ist mit einem Erbbaurecht zugunsten der Immobilienvermietungsgesellschaft von Quistorp & Co. Objekt Berlin KG belastet. Diese Gesellschaft hat das Recht bilanziert. Der Erbbauperpflichtete hat in seiner Bilanz das Grundstück als unbebautes Grundstück zu aktivieren. Der Bodenwert für das Grundstück beträgt gemäß Sachverständigengutachten 8,63 Mio. €. Der Verkehrswert wird in Anlehnung an den ermittelten Bodenwert auf dieselbe Höhe geschätzt. Ein Abschlag ist nicht vorzunehmen, da der Erbbauzins ortsüblich und marktgerecht ist.

Die Nutzereinbauten betreffen den Umbau des Börsenparketts in eine Gastro-MRT-Praxis im LEH.

Technische Anlagen und Maschinen

Der Posten Technische Anlagen und Maschinen betrifft überwiegend die Prüfküche im LEH.

Betriebs- und Geschäftsausstattung

Die Betriebs- und Geschäftsausstattung des LEH betrifft den Küchen- und Restaurantbereich, das Konferenzzentrum sowie Büromöbel. Neu angeschafft wurden ein Schneeräumfahrzeug sowie eine Tonanlage für das Konferenzzentrum.

FinanzanlagenAnteile an verbundenen Unternehmen, s. Umlaufvermögen

Die hundertprozentige Tochter Wohnheim Reichsstraße GmbH wird im Umlaufvermögen ausgewiesen; vgl. Umlaufvermögen.

Wertpapiere des Anlagevermögens, einschl. Festgelder

Die Geldanlagen, festverzinsliche Wertpapiere, Fondsanteile und Festgelder dienen zur vermögensmäßigen Unterlegung der Rücklagen und der Pensionsrückstellungen. Die Anlage erfolgt unter Beachtung der Anlagevorschriften in Wertpapieren und in Fonds. Angelegt wird in Papieren mit höchster Bonität. Zusammensetzung:

	31.12.2014	31.12.2013
Festverzinsliche Wertpapiere	50,64 Mio. €	65,36 Mio. €
Fondsanteile	0,00 Mio. €	1,10 Mio. €
Festgelder	63,00 Mio. €	43,26 Mio. €
Summe:	113,64 Mio. €	109,72 Mio. €

Der Anstieg gegenüber dem Vorjahr resultiert aus der planmäßigen Umwidmung von Mitteln aus dem Umlaufvermögen.

Sonstige Ausleihungen und Rückdeckungsansprüche

Die sonstigen Ausleihungen und Rückdeckungsansprüche setzen sich zusammen aus:

- Darlehen an Immobilien Vermietungsgesellschaft von Quistorp & Co. Objekt Berlin KG (Höhe der Darlehen: 78,6 Mio. €, Vj.: 80,4 Mio. €)
- Einlagengesicherte Schuldscheindarlehen (unverändert 1,5 Mio. €)
- Sonstige Anteile (unverändert 146,4 T€)
 - Partner für Berlin Gesellschaft für Hauptstadtmarketing mbH
 - Berlin Partner GmbH
 - BBB Bürgschaftsbank Berlin- Brandenburg GmbH
 - IHK Gesellschaft für Informationsverarbeitung mbH
 - Messe Berlin GmbH
 - Mittelständische Beteiligungsgesellschaft für die Länder Brandenburg und Berlin GmbH
- Aktivwerte aus Rückdeckungsversicherungen (8,3 Mio. €, Vj.: 7,8 Mio. €)

Die Darlehensforderungen gegen die Immobilien Vermietungsgesellschaft von Quistorp & Co. Objekt Berlin KG resultieren aus zwei gewährten Darlehen, eins zur Finanzierung der gestiegenen Baukosten des LEH, das zweite im Rahmen der Umfinanzierung des LEH.

Die Rückdeckungsansprüche betreffen die zur Rückdeckung von Pensionszusagen abgeschlossenen Versicherungen.

Die Aktivwerte aus Rückdeckungsversicherung betreffen Lebensversicherungen, die zur Refinanzierung der Pensionsansprüche dienen.

Umlaufvermögen

Vorräte

Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sowie Unfertige Leistungen

Bei der Position Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe werden vorwiegend Broschüren ausgewiesen. Die IHK Berlin erhebt eine Betreuungsgebühr; zweigeteilt zu Anfang und zur Mitte des Ausbildungsverhältnisses, in der Regel zur Zwischenprüfung. Um eine periodengerechte Zuordnung zu erreichen, ist die Bildung von Unfertigen Leistungen sowie eines Passiven Rechnungsabgrenzungspostens erforderlich.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Forderungen aus Beiträgen, Gebühren, Entgelten und sonstigen Lieferungen und Leistungen (nach Wertberichtigung)

Die Forderungen setzen sich aus Beiträgen (5.096,9 T€ Vj.: 5.519,7 T€), Gebühren (137,2 T€ Vj. 131,0 T€), Entgelten (103,7 T€ Vj.: 144,3 T€) sowie Miet- und Pachteinnahmen aus dem LEH (10,7 T€ Vj.: 67,1 T€) zusammen.

Forderungen aus Beiträgen

Die Forderungen aus Beiträgen wurden im Geschäftsjahr wie folgt wertberichtigt.

Tabelle:

	Jahr 31.12.2014	Jahr 31.12.2013
Forderungen	11.154.385,10	9.853.004,41
Einzelwertberichtigung (2 Sanierungsgewinne)	-2.391.265,80	0,00
Saldo	8.763.119,30	9.853.004,41
Einzelwertberichtigung in pauschalierter Form	-3.666.160,18	-4.333.348,37
Wertberichtigte Beitragsforderung	5.096.959,12	5.519.656,04

Der Rückgang der Forderungen um 422,8 T€ gegenüber dem Vorjahr resultiert aus einem geringeren Veranlagungsvolumen und der Vollstreckung aller Beitragsforderungen des Geschäftsjahres 2013, die sich auf 12.000 Fälle mit einem Forderungsvolumen von 4,2 Mio. € beliefen.. Zum Endes des Jahres 2014 war noch ein Forderungsvolumen von 203,0 T€ offen.

In der Einzelwertberichtigung in pauschalierter Form sind Forderungen aus streitigen Bemessungsgrundlagen – die Gewerbesteuerbescheide sind angefochten worden und/oder gerichtsanhängig – in Höhe von 2.339,5 T€ (Vj.: 2.556,9 T€) enthalten.

Zur periodengerechten Erfassung der Erträge aus Beiträgen wurde Mitte Dezember anhand aller bis zu diesem Zeitpunkt verfügbaren, noch nicht beschiedenen Bemessungsgrundlagen eine Berechnung der sich daraus für das laufende Jahr und die Vorjahre ergebenden potentiellen Beitragsansprüche und Erstattungsverpflichtungen vorgenommen. Diese belaufen sich auf:

	31.12.2014	31.12.2013
	T€	T€
Beitragsansprüche	15.289	19.071
- davon laufendes Jahr	1.532	2.818
- davon Vorjahre	13.757	16.253
Erstattungsverpflichtungen	4.514	3.728
- davon laufendes Jahr	28	22
- davon Vorjahre	4.486	3.706
Saldo	10.775	15.343

Die stetige Bilanzierung der IHK Berlin zeichnet sich dadurch aus, dass nur beschiedene Forderungen und damit realisierte Beiträge erfasst werden. Eine Verarbeitung dieser noch nicht beschiedenen Bemessungsgrundlagen im laufenden Geschäftsjahr ist darüber hinaus wegen Kollision mit dem effizienten Forderungsmanagement - Veranlagung, Mahnung, Beitreibung in einem Jahr - nicht sinnvoll, weil die Rechtsgrundlage für die Beitreibung ein bestandskräftiger Bescheid entfallen würde. Veranlagt werden die Fälle, bei denen Verjährung droht oder Zahlungsausfälle drohen. Die Verbescheidung der übrigen Bemessungsgrundlagen erfolgt – auch aus Effizienzgründen - im Rahmen der nächsten Hauptveranlagung im Februar / März 2015. Im Erfolgsplan 2015 sind sie als Beiträge aus Vorjahren ausgewiesen (Planwert 12,1 Mio. €).

Forderungen aus Gebühren und Entgelten sowie aus sonstigen Lieferungen und Leistungen

Der Bestand beträgt vor Wertberichtigung insgesamt 334,4 T€. Dieser setzt sich zusammen aus Gebühren für den Bereich hoheitlicher Aufgaben und Entgelten aus Leistungen im Servicebereich.

Die Forderungen, die sich im Amtshilfeersuchen bzw. im gerichtlichen Mahnverfahren befinden, wurden zu 100 % einzelwertberichtigt, Forderungen in Mahnung wurden zu 30 % einzelwertberichtigt (insgesamt 78,2 T€). Auf den restlichen Gesamtforderungsbestand aus Gebühren, Entgelten sowie sonstigen Lieferungen und Leistungen erfolgte eine Pauschalwertberichtigung in Höhe von 2 % (insgesamt 4,6 T€).

Forderungen gegen verbundene Unternehmen

Gegen das verbundene Unternehmen, die Wohnheim Reichsstraße GmbH, bestehen keine Forderungen.

Sonstige Vermögensgegenstände

Die Sonstigen Vermögensgegenstände setzen sich aus Forderungen gegen Kreditinstitute (1.079,5 T€), aus Umsatzsteuer in Höhe von 47,2 T€ sowie gegen den DIHK aus Abwicklung Versicherungsvermittlerregister von 4,1 T€ zusammen. Des Weiteren werden Forderungen in Höhe von 60,4 T€ an Zuwendungsgeber für die Projekte „Passgenaue Vermittlung Auszubildender an ausbildungswillige Unternehmen“ und aus dem Programm „Neue Märkte erschließen – Gemeinschaftsprojekte“ (Delegationsreise China) ausgewiesen.

Wertpapiere

Anteile an verbundenen Unternehmen

Die Gesellschaft Wohnheim Reichsstraße GmbH hat als wesentliches Vermögen ein mit einem Wohnheim bebautes Grundstück. Sie soll veräußert werden.

Rechnungsabgrenzungsposten

Auf die Rechnungsabgrenzungsposten entfallen:

- Erbauzins (97,5 T€)
- Prüfungsunterlagen und Wartungsverträge (339,0 T€)

PASSIVA**Eigenkapital**

Die **Nettoposition** beträgt 4,8 % des Eigenkapitals.

Die Rücklagen haben sich im Geschäftsjahr wie folgt entwickelt:

Rücklage	Stand 01.01.2014	Ergebnis- verwendung 2012, 2013	Planzuführung/ Entnahme 2014	Stand 31.12.2014
Ausgleichsrücklage	24.348.000,00	0,00	0,00	24.348.000,00
Ausgleichsrücklage	24.348.000,00	0,00	0,00	24.348.000,00
Rücklage Risiken LEH- Leasing (ehemals Liquiditätsrücklage)	21.332.300,00	0,00	0,00	21.332.300,00
Instandsetzung LEH	12.364.200,00	0,00	-413.800,00	11.950.400,00
Kredittilgungsrücklage LEH	56.671.218,96	0,00	0,00	56.671.218,96
Rücklage für bildungspolitische Zwecke	0,00	15.017.417,27	0,00	15.017.417,27
Rücklage Pensionen für Risiken außerhalb BilMoG	15.159.000,00	0,00	0,00	15.159.000,00
Andere Rücklagen	105.526.718,96	15.017.417,27	-413.800,00	120.130.336,23

Der Bestand der **Ausgleichsrücklage** beläuft sich mit 24.348 T€ auf 38,2 % der geplanten Aufwendungen des Erfolgsplanes 2014 (63.730,3 T€).

Andere Rücklagen

Die Zusammensetzung der anderen Rücklagen ist aus der obigen Tabelle zu entnehmen.

Die Rücklage Risiken LEH-Leasing (ehemals Liquiditätsrücklage) dient zur Absicherung der finanziellen Risiken des bis 2027 laufenden Leasingvertrags und der an die Immobilien-Vermietungsgesellschaft von Quistorp & Co. Objekt Berlin KG gewährten Darlehen. Aufgrund der Neubewertung des LEH ist im Erfolgsplan 2015 eine teilweise Wertberichtigung der Forderungen gegenüber der IVG vorgesehen, was zu einem vollständigen Verbrauch der Rücklage führt.

Neu gebildet und dotiert wurde die Rücklage für bildungspolitische Zwecke. Die Vollversammlung hat am 10. Januar 2014 beschlossen, eine solche Rücklage zu bilden und mit dem Vortrag 2012 in Höhe von 11.656,7 T€ zu dotieren. Gefördert werden Maßnahmen, die den Berliner Unternehmen helfen, ihren dringend benötigten Fachkräftenachwuchs im

dualen wie im akademischen Bereich zu sichern. Kleine und mittlere Unternehmen sollen bei der Besetzung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen unterstützt werden, um dem zunehmenden Mangel zu begegnen. Die Förderung zielt zudem auch auf neue Wege des Wissens- und Technologietransfers, um im noch stärkerem Maße Forschungsergebnisse aus der Wissenschaft in die Berliner Wirtschaft zu überführen und so die Unternehmen in ihrer Innovationskraft zu stärken. Das Ergebnis 2013 in Höhe von 3.360,7 T€ wurde auf Beschluss der Vollversammlung vom 10. September 2014 der Rücklage zugeführt. Für das Geschäftsjahr 2015 ist eine Entnahme von 4,0 Mio. € vorgesehen.

Der Rücklage Instandhaltung LEH wurden zur Mitfinanzierung der Erneuerung Gebäudeleittechnik 413,8 T€ entnommen.

Ergebnis

Das Jahresergebnis 2014 in Höhe von 3.276,6 T€ soll der Rücklage Pensionen für Risiken außerhalb BilMoG zugeführt werden.

Rückstellungen

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Die Rückstellungen für Pensionen beinhalten neben den Anwartschaften und Verpflichtungen gegenüber den ehemaligen Mitarbeitern auch die Verpflichtungen gegenüber den ehemaligen Mitarbeitern der früheren hundertprozentigen IHK-Tochter BAO Berlin International. Diese sind aus Transparenzgründen gesondert im Anhang dargestellt. Im Wege der Gesamtrechtsnachfolge ist diese Gesellschaft in der Berlin Partner GmbH aufgegangen. Für die bis zum 31. Dezember 2003 entstandenen Anwartschaften ist die IHK rückstellungspflichtig. 529 Personen haben Anspruch auf eine Altersversorgung.

Rückstellungsspiegel

Name	Pensionsrückstellungen 01.01.2014 in €	Zuführung in €	Abzinsung in €	Verbrauch in €	Auflösung in €	Pensionsrückstellungen 31.12.2014 in €
IHK	37.222.075,00	368.607,09	3.443.563,00	1.907.451,09	291.163,00	38.835.631,00
BAO	1.518.074,00	0,00	148.413,00	35.910,68	62.997,32	1.567.579,00
VOI+II	937.852,00	274.506,00	0,00	0,00	0,00	1.212.358,00
VdW	43.367,00	0,00	6.508,00	0,00	0,00	49.875,00
Gesamt	39.721.368,00	643.113,09	3.598.484,00	1.943.361,77	354.160,32	41.665.443,00

Steuerrückstellungen

Rückstellung für:	01.01.2014 in €	Zuführung in €	Abzinsung in €	Verbrauch in €	Auflösung in €	31.12.2014 in €
Steuern	1.172.000,00	0,00	0,00	0,00	1.172.000,00	0,00

Die Rückstellung für Körperschaft-, Gewerbe-, Kapitalertragsteuer und Solidaritätszuschlag für einige BGAs (Weiterbildung, Messen und Veranstaltungen), die in 2012 für Steuerrisiken gebildet wurde, ist im Geschäftsjahr 2014 aufgelöst worden, weil die Finanzverwaltung sich der Rechtsauffassung der IHK Berlin bezüglich der Anerkennung von Betriebsausgaben (u. a. Personal-, Hauskosten) angeschlossen hat.

Sonstige Rückstellungen

Rückstellung für:	Rückstellungs- spiegel 01.01.2014 in €	Zuführung in €	Aufzinsung in €	Abzinsung in €	Inanspruch- nahme in €	Auflösung in €	Rückstellungs- spiegel 31.12.2014 in €
Altersteilzeit	152.933,00	103.032,47		8.065,00	65.665,47	0,00	198.365,00
Beihilfen	19.222,00	126.709,00	0,00	6.944,00	0,00	0,00	152.875,00
Jubiläen	311.216,00	17.052,00	0,00	19.761,00	17.400,00	0,00	330.629,00
Urlaub	316.000,00	22.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	338.000,00
Gleitzeit	54.700,00	2.800,00	0,00	0,00	0,00	0,00	57.500,00
Übrige Personalrück- stellungen	186.000,00	126.400,00	0,00	0,00	112.400,00	0,00	200.000,00
Personalaufwand	1.040.071,00	397.993,47	0,00	34.770,00	195.465,47	0,00	1.277.369,00
Prozesskosten	1.794.319,48	14.882,46	0,00	17.000,00	233.654,50	11.906,53	1.580.640,91
Jahresabschlusskosten	168.900,00	156.000,00	0,00	0,00	141.202,67	7.697,33	176.000,00
Jumbo Veranlagung und weitere Beitragsstreitigkeiten	18.767,88	0,00	0,00	0,00	0,00	18.767,88	0,00
Rückforderung von erhaltenen Fördermittel APE	60.760,36	0,00	0,00	0,00	0,00	60.760,36	0,00
Archivierung	80.234,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	80.234,00
	3.163.052,72	568.875,93	0,00	51.770,00	570.322,64	99.132,10	3.114.243,91

Von der Prozesskostenrückstellung entfallen auf den Rechtsstreit mit dem Zwischenleasingnehmer ILV Immobilien Leasing Verwaltungsgesellschaft Düsseldorf mbH 1.567,6 T€ (Vorjahr: 1.778,2 T€). Gegenstand des seit 2013 laufenden Prozesses ist die Reduzierung der Leasingraten für das LEH. Im Zuge der juristischen Aufarbeitung des komplizierten Leasingvertragskonstrukts haben sich berechtigte Zweifel an der Wirksamkeit des Leasingvertrages mit der ILV ergeben, weil insbesondere die Nachträge nicht den gesetzlichen Formerfordernissen entsprechen. Im März 2015 hat das Landgericht Berlin erstinstanzlich entschieden, dass der befristete Leasingvertrag mit der ILV Formmängel

aufweist, die dazu führen, dass der Leasingvertrag als auf unbestimmte Zeit abgeschlossen gilt. Damit kann die IHK von ihrem ordentlichen Kündigungsrecht Gebrauch machen. Die ILV hat Berufung eingelegt. Bezüglich des Zwischengewinns, den die ILV sich seit 2012 in substantieller Form zieht, wurde entschieden, dass dieser rechtmäßig ist. Die Rückstellung ist für drei Instanzen bemessen.

Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten sind grundsätzlich mit dem Erfüllungsbetrag angesetzt und setzen sich wie folgt zusammen:

Verbindlichkeiten	Gesamtbetrag €	Restlaufzeit			Gesichert e Beträge €	Art der Sicherung
		Bis 1 Jahr €	Zwischen 1 und 5 Jahren €	Mehr als 5 Jahre €		
Gegenüber Kreditinstituten	60.746.928,35	60.746.928,35	0,00	0,00	0,00	0,00
Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	8.084,42	8.084,42	0,00	0,00	0,00	0,00
Aus Lieferungen und Leistungen	1.669.397,39	1.669.397,39	0,00	0,00	0,00	0,00
Gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Sonstige	3.316.504,34	3.316.504,34	0,00	0,00	0,00	0,00
Summe	65.740.914,50	65.740.914,50	0,00	0,00	0,00	0,00

Gegenüber den Kreditinstituten bestehen folgende Verbindlichkeiten:

Darlehen LBB	€ 60.739.504,64
Zinsen	€ <u>7.423,71</u>
Insgesamt	€ 60.746.928,35

Die IHK hat das Schuldscheindarlehen der LBB im März 2015 zum 30. Juni 2015 gekündigt. Im Finanzplan für das Geschäftsjahr 2015 sind die entsprechenden Mittel zur Tilgung der Verbindlichkeit eingestellt worden.

Von den Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen entfallen 625,6 T€ auf das LEH (überwiegend für Instandhaltung).

Die Sonstigen Verbindlichkeiten betreffen:

- Kreditorische Debitoren (593,8 T€)

- Sicherheitseinbehalte aus Umbauten und Renovierung des LEH (56,5 T€)
- Sonstige Verbindlichkeiten ILV (2.643,5 T€)

Die kreditorischen Debitoren entfallen überwiegend auf Beitragsguthaben.

Bei den Sonstigen Verbindlichkeiten sind die zurückgehaltenen Anteile der 61. bis 69. Leasingraten (4. Quartal 2012 bis einschl. 4. Quartal 2014) an die ILV in Höhe von 2.643,5 T€ (inkl. Zinsen) ausgewiesen. Dies erfolgte, weil die Leasingrate die Summe der Teilbeträge für die Verzinsung des Eigenkapitals, die tatsächlichen Zinsen auf das Fremdkapital sowie die Amortisation des Leasingobjektes in der vereinbarten Höhe übersteigt. Gegen die für die IHK Berlin negative Entscheidung des Landgerichts Berlin (s. o.) wurde keine Berufung eingelegt. Die im Tenor des Urteils bezeichneten Verbindlichkeiten wurden im März 2015 beglichen. Bezüglich der Einzelheiten wird auf die Ausführungen zum Leasingvertrag bei den Sonstigen finanziellen Verpflichtungen verwiesen.

Rechnungsabgrenzungsposten

Die IHK Berlin erhebt eine Betreuungsgebühr größtenteils zur Mitte des Ausbildungsverhältnisses, in der Regel zur Zwischenprüfung. Um eine periodengerechte Zuordnung der Erträge zu erreichen, ist die Bildung eines Passiven Rechnungsabgrenzungspostens sowie einer Unfertigen Leistung (Position Aktiva B I. 2) erforderlich. Die Erträge werden pro rata temporis pro Ausbildungsverhältnis ermittelt und ausgewiesen (1.085,3 T€).

Bei den Lehrgängen und Seminaren des Bereichs Weiterbildung gibt es jahresübergreifende Veranstaltungen. Die Erträge (41,0 T€) wurden veranstaltungsweise abgegrenzt.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Das LEH ist von der IHK für die Immobilien-Vermietungsgesellschaft von Quistorp & Co. Objekt Berlin KG (IVG) errichtet worden. Die IVG hat das Gebäude an die ILV Immobilien-Leasing Verwaltungsgesellschaft Düsseldorf mbH (ILV) verleast, die das LEH an die IHK Berlin weiter verleast hat. Die Laufzeit des Vertrages beträgt 30 Jahre und dauert bis zum 31. Dezember 2026. Für die erste Mietperiode – 20 Jahre – ist die Gesamtmiete fest vereinbart. Sie steigt im fünfjährigen Rhythmus (Erhöhung: Oktober 2012 um 28 %). Die Gesamtmiete für die zweite Periode wird zum Ende der ersten Mietperiode neu festgesetzt. Die im Rechnungsjahr 2006 abgeschlossene Umfinanzierung wurde zum 3. Juli 2007 wirksam. Durch Ablösung der Fremdfinanzierung (81,3 Mio. €) und einer günstigeren Refinanzierung wurde die Leasingrate gesenkt.

Die IHK trat an die Stelle des bisherigen Kreditgebers des Leasinggebers und reicht das aufgenommene Schuldscheindarlehen zu denselben Zinskonditionen an die IVG weiter. Die Zinersparnis bei der IHK beträgt 2,5 % jährlich bis zum Jahre 2016. Der ersparte Aufwand wird zum Vermögensaufbau genutzt.

Das Grundstück Fasanenstraße 85 gehört dem VBKI und der IHK. Für die Dauer von 60 Jahren ist der IVG 1994 ein Erbbaurecht zur Errichtung des LEH eingeräumt worden. Die IHK hat sich verpflichtet, den von der IVG an den VBKI zu leistenden jährlichen Erbbauzins zu bezahlen. Für 2015 ergeben sich aus dem Leasinggeschäft folgende Belastungen:

- Leasingraten: 14,06 Mio. €
- Erbbauzins: 0,59 Mio. €

Mit der 61. Leasingrate für das 4. Quartal 2012 und die Geschäftsjahre 2013 und 2014 hat die IHK jeweils einen Teil der Leasingraten einbehalten. Bis zum 31. Dezember 2014 sind Beträge von insgesamt 2.643,5 T€ (inkl. Zinsen) einbehalten und bei den sonstigen Verbindlichkeiten gesondert ausgewiesen worden, denn die Leasingrate übersteigt die Summe der Teilbeträge für die vereinbarte Verzinsung des Eigenkapitals, die tatsächlichen Zinsen auf das Fremdkapital sowie die Amortisation des Leasingobjektes in der vereinbarten Höhe. Die ILV hatte der IHK den Leasingvertrag seinerzeit mit der Maßgabe angetragen, dass die IHK Berlin nur diejenigen Beiträge zu zahlen hat, die die ILV ihrerseits als Leasingrate an die IVG verpflichtet zu zahlen ist. Mit der Zwischenschaltung der ILV sollten keine höheren Kosten verbunden sein als bei einem Abschluss unmittelbar mit der IVG. Über die rechtliche Wirksamkeit der Einbehalte wurde ab dem Jahr 2013 ein Rechtsstreit mit der ILV geführt. Im Zuge der juristischen Aufarbeitung des komplizierten Leasingvertragskonstrukts haben sich berechnete Zweifel an der Wirksamkeit des Leasingvertrages mit der ILV ergeben, weil insbesondere die Nachträge nicht den gesetzlichen Formerfordernissen entsprechen. Die IHK hat deshalb Feststellungswiderklage auf Unwirksamkeit des befristeten Leasingvertrages erhoben. Im März 2015 hat das Landgericht Berlin erstinstanzlich entschieden, dass der befristete Leasingvertrag mit der ILV Formmängel aufweist, die dazu führen, dass der Leasingvertrag als auf unbestimmte Zeit abgeschlossen gilt. Damit kann die IHK von ihrem ordentlichen Kündigungsrecht Gebrauch machen. Bezüglich des Zwischengewinns, den die ILV sich seit 2012 in substanzieller Form (mehr als 1 Mio. € per anno) zieht, wurde entschieden, dass dieser rechtmäßig ist. Ergänzend wird auf die Erläuterungen zur Prozesskostenrückstellung bei den sonstigen Rückstellungen und Sonstigen Verbindlichkeiten verwiesen.

Im Gebäude Hardenbergstraße 20 sind 1.100 m² Unterrichtsräume für den Zeitraum 1. Mai 2012 bis 30. April 2017 angemietet. Die Verpflichtung beträgt über die restliche Laufzeit noch 500 T€

Für Belastungen aus Wartungs- und Supportverträgen für Hard- und Software sind 2015 785,8 T€ vorgesehen. Mit den Dienstleistern sind Verträge mit Laufzeiten von bis zu vier Jahren geschlossen.

Des Weiteren sind zwei Dienstwagen geleast. Die Laufzeiten, die abhängig vom Zeitpunkt der Beschaffung sind, betragen drei bzw. zwei Jahre. Für die Jahre 2015 und 2016 resultieren daraus Belastungen von 28,8 T€

Das Gebäudemanagement des LEH beinhaltet neben den operativen Leistungen, die infrastrukturelle Bewirtschaftung der Allgemeinflächen, die sonstigen operativen Betriebskosten (Strom, Wärme etc.), die kaufmännische Bewirtschaftung sowie das Management und das Controlling. Die Steuerung und das Controlling obliegt der IHK Berlin, die sich dazu auch externen Sachverständigen bedient. Die Durchführung des Facility Managements erfolgt durch operative Dienstleister. Mit den Dienstleistern wurden Verträge mit bis zu drei Jahren Laufzeit abgeschlossen. Für 2015 betragen die eingegangenen Verpflichtungen für das Gebäudemanagement 2,56 Mio. €

Die IHK Berlin ist Mitglied im Deutschen Industrie- und Handelskammertag e. V., Berlin, (DIHK). Nach § 20 der Vereinssatzung steht der IHK Berlin bei Auflösung des Vereins das nach der Erfüllung der Verbindlichkeiten verbleibende Vermögen des DIHK anteilig im Verhältnis der Beiträge der letzten fünf abgeschlossenen Geschäftsjahre zu. Übersteigen die Verbindlichkeiten das Vermögen, ist im gleichen Verfahren ein Schlussbeitrag zu leisten.

Der DIHK weist zum 31. Dezember 2014 bei einer Bilanzsumme von 129,5 Mio. € ein Eigenkapital von 53,0 Mio. € aus. Bei der Erstellung der Bilanz des DIHK wurde vom Wahlrecht nach Art. 28 EGHGB Gebrauch gemacht und Pensionszusagen, die vor dem 1. Januar 1987 entstanden sind, nicht passiviert. Dadurch sind Verpflichtungen in Höhe von 32,0 Mio. € nicht in der Bilanz zum 31. Dezember 2014 angegeben. Die bilanzierten Pensionsverpflichtungen betragen per 31. Dezember 2014 47,8 Mio. €. Rechnerisch ergibt sich unter Berücksichtigung der nicht passivierten Pensionsverpflichtungen ein positives Eigenkapital von 21,0 Mio. €

Auf der Grundlage des am 23. März 2011 von der Vollversammlung des DIHK beschlossenen neuen § 16 Abs. 4 der Vereinssatzung können periodenunabhängig auch jährlich zweckgebundene Kapitalzuführungen zum Aufbau des Eigenkapitals des DIHK festgesetzt werden. Die IHKs stellen für diesen Zweck beschlussgemäß in Aussicht, ab 2012 bis voraussichtlich 2018, gemäß DIHK-Umlageschlüssel einen Betrag von jährlich 1,4 Mio. € an den DIHK zu leisten.

Der Beitrag der IHK Berlin zum DIHK belief sich 2014 auf rund 2,69 % des Gesamtbeitragsaufkommens des DIHK.

Erläuterungen zur Erfolgsrechnung

Die Finanzierung der IHK Berlin als Körperschaft des öffentlichen Rechts erfolgt im Wesentlichen über die Erhebung von Mitgliedsbeiträgen, Gebühren sowie Entgelten. Jährlich wird ein Wirtschaftsplan erstellt, der sich in einen Erfolgs- und einen Finanzplan gliedert. In der Erfolgsrechnung sind sämtliche Erträge und Aufwendungen aufgeführt. Die Gliederung entspricht der Gewinn- und Verlustrechnung nach HGB mit den Spezifika einer IHK. Wegen des Körperschaftscharakters werden Beiträge, Gebühren und Entgelte nicht als Umsatzerlöse, sondern als Erträge bezeichnet. Die Planung und der Vollzug folgt den Grundsätzen zweckmäßiger und auf Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit bedachter Finanzwirtschaft.

Die Erträge und Aufwendungen der Vermögensverwaltung und der BgAs Verpachtung, Drucksachenverkauf, Messen und Veranstaltungen sowie Weiterbildung werden zusammengefasst in der Erfolgsrechnung dargestellt (bezüglich der Darstellung in der Bilanz wird auf Seite 3 Bezug genommen.)

Erträge aus IHK-Beiträgen

Der überwiegende Teil des Finanzbedarfs der IHK Berlin wird durch Beiträge gedeckt. Die Veranlagung zu den Beiträgen erfolgt bei allen Gewerbetreibenden, die in Berlin eine gewerbliche Niederlassung oder eine Betriebsstätte unterhalten und eine gewerbsteuerpflichtige Tätigkeit ausüben. Die Beiträge setzen sich zusammen aus Grundbeiträgen und Umlagen. Die Grundbeiträge sind nach der Leistungskraft gestaffelt. Die Bemessungsgrundlage für die Umlage ist der Gewerbeertrag bzw. der Gewinn aus Gewerbebetrieb des laufenden Geschäftsjahres. Die IHK Berlin wendet die Gegenwartsveranlagung an, die dem Verfahren der Gewerbesteuer entspricht. Für das laufende Geschäftsjahr wird eine Vorauszahlung nach dem zuletzt bekannten Gewerbeertrag bzw. dem Gewinn aus Gewerbebetrieb erhoben. Die endgültige Abrechnung erfolgt erst, wenn der IHK Berlin die endgültige Bemessungsgrundlage bekannt gegeben wird.

Die Erträge aus Beiträgen werden deshalb nach den Veranlagungen des laufenden Jahres (vorläufig) und den Veranlagungen aus Vorjahren (endgültig) unterschieden. Die Grundbeiträge bleiben für das Geschäftsjahr 2014 unverändert und der Umlagesatz wurde von 0,23 % auf 0,21 %, bezogen auf den Gewerbeertrag, gesenkt.

	Ist T€	Plan T€	Abweichung T€	Ist T€
	2014	2014	2014	2013
Beiträge	44.164,8	43.944,1	220,7	41.514,0
davon:				
Grundbeiträge laufendes Jahr	13.570,2	14.386,5	-816,3	13.164,5
Umlage laufendes Jahr	12.792,5	13.247,9	-455,4	13.029,8
Grundbeiträge Vorjahre	5.434,7	5.281,0	153,7	5.650,2
Umlage Vorjahre	12.367,4	11.028,7	1.338,7	9.669,5

Grundlage für die nicht vorhersehbaren zusätzlichen Erträge bei den Vorjahren ist die Endabrechnung der Bemessungsgrundlagen, überwiegend der Jahre 2011 und 2012. Sie kompensieren den Rückgang bei den Beiträgen für das laufende Jahr.

Das gestiegene Aufkommen gegenüber dem Vorjahr resultiert überwiegend aus den Umlagen aus Vorjahren und den Grundbeiträgen für das laufende Jahr. Zum rückläufigen Aufkommen der Umlagen aus laufender Veranlagung gegenüber dem Vorjahr hat mit die Hebesatzsenkung beigetragen. Die Abnahme ist durch die steigende Zahl der zu veranlagenden Mitglieder teilweise kompensiert worden. In den Umlagen aus Vorjahren sind Sanierungsgewinne (2.391,3 T€) enthalten, die wertberichtigt wurden. In der Praxis ist in derartigen Fällen mit einem Erlass durch die Finanzverwaltung zu rechnen.

Erträge aus Gebühren

Aus den hoheitlichen Aufgaben der IHK ergeben sich Erträge aus Gebühren, die sich in Ausbildungs-, Fortbildungs- und sonstige Gebühren gliedern:

	Ist T€	Plan T€	Abweichung T€	Ist T€
	2014	2014	2014	2013
Gebühren	7.280,3	6.702,2	578,1	7.657,9
davon:				
Berufliche Ausbildung	4.161,4	4.085,1	76,3	4.911,0
Fortbildungsprüfung	1.147,5	1.018,5	129,0	997,4
Sonstige Gebühren	1.971,4	1.598,6	372,8	1.749,5

Seit dem 01.01.2012 sind die Ausbildungsgebühren für alle neu abzuschließenden Auszubildenden auf einen Deckungsgrad von 50 % gesenkt worden. Insgesamt beträgt das Entlastungsvolumen für die auszubildenden Unternehmen rund 3.000 T€ pro Ausbildungsjahrgang.

Die über dem Planansatz liegenden Erträge bei den sonstigen Gebühren sind dadurch eingetreten, dass der erwartete Rückgang der Teilnehmerzahlen im Bereich Sach- und Fachkunde ausgeblieben ist. Die weiterhin hohe Nachfrage nach Außenwirtschaftsdokumenten hat mit zu dem Mehraufkommen beigetragen.

Zum Rückgang der Ausbildungsgebühren gegenüber dem Vorjahr hat weiterhin die Auswirkung der obigen Senkung mit beigetragen. Die Zunahme bei den Fortbildungsprüfungen und sonstigen Gebühren ist auf eine steigende Nachfrage zurückzuführen.

Erträge aus Entgelten

Unter den Erträgen aus Entgelten werden alle Verkaufserlöse wie Drucksachen, Erlöse aus Beratungen und Vorabstellungen zu Handelsregistereinträgen sowie die Entgelte aus Lehrgängen, Seminaren und Veranstaltungen abgerechnet.

	Ist T€ 2014	Plan T€ 2014	Abweichung T€ 2014	Ist T€ 2013
Entgelte	2.663,1	2.661,8	1,3	2.649,1
davon:				
Verkaufserlöse	608,4	663,8	-55,4	665,6
Lehrgänge, Seminare	2.054,7	1.998,0	56,7	1.983,5
Sonstige Entgelte	0,0	0,0	0,0	0,0

Die Erträge aus Entgelten haben sich planmäßig entwickelt. Die Mindererlöse aus Verkäufen beruhen u. a. darauf, dass der Verkauf von Werbeflächen auf der Internetseite der IHK eingestellt wurde. Die verstärkte Nachfrage nach Lehrgängen und Seminaren hat den Einnahmeausfall kompensiert.

Unfertige Leistungen

	Ist T€ 2014	Plan T€ 2014	Abweichung T€ 2014	Ist T€ 2013
Bestandsveränderung	-44,3	-56,6	-12,3	-189,0
Fertige und Unfertige Leistungen	-44,3	-56,6	-12,3	-189,0

Die Reduzierung der Ausbildungsverhältnisse und der Ausbildungsgebühren zum 01.01.2012 erfordern ein Abschmelzen des Bestandes an unfertigen Leistungen gegenüber 2013.

Sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge resultieren vor allem aus den Vermietungs- und Pächterlösen des LEH und den erstatteten Betriebskosten. Des Weiteren sind bei der Position die Auflösung von Rückstellungen, die Herabsetzung von Wertberichtigungen, erhaltene öffentliche Zuwendungen sowie Erstattungen abgerechnet. Letztere betreffen Personalkosten (Conrad Stiftung und Wohnheim Reichsstraße GmbH), Prüfungsmaterialien, die Rückvergütung von Versorgungsbezügen und die Kofinanzierung von Veranstaltungen. Öffentliche Zuschüsse (Zuwendungen) erhält die IHK für das Projekt „Passgenaue Vermittlung Auszubildender an ausbildungswillige Unternehmen“ (Anteilsfinanzierung von 80 %, IHK-Anteil 20 %) und das Programm „Neue Märkte erschließen – Gemeinschaftsprojekte“.

	Ist T€ 2014	Plan T€ 2014	Abweichung T€ 2014	Ist T€ 2013
Sonstige betriebliche Erträge	5.012,7	3.151,0	1.861,7	3.893,0
davon:				
Erlöse aus dem LEH	2.298,6	2.138,9	159,7	1.925,5
Erstattungen	130,0	152,2	-22,2	129,7
Erträge aus öffentlichen Zuwendungen	238,3	204,1	34,2	218,4
Sonstige betriebliche Erträge	2.345,8	655,8	1.690,0	1.619,4

Die überplanmäßigen Erträge resultieren überwiegend aus Jahresabschlussbuchungen, die bei der Aufstellung des Planes nicht berücksichtigt werden konnten. Darunter fallen u. a. die Auflösung der Steuerrückstellung in Höhe von 1.172 T€ Die Finanzverwaltung hat sich inzwischen unserer Auffassung angeschlossen, dass die Zuordnungen von Betriebsaufwendungen bei den Betrieben gewerblicher Art nach allgemeinen Kostenrechnungsmethoden zu erfolgen hat. Deshalb war die wegen Nichtanerkennung von Personal- und Hauskosten als Betriebsausgaben für die Jahre 2010 bis 2012 getroffene Vorsorge aufzulösen. Weitere Rückstellungen in Höhe von 433,7 T€ wurden aufgelöst.

Der Anstieg der Erlöse aus den Betriebskosten des LEH ergibt sich aus dem verzögerten Auszug eines Mieters sowie geringeren Erstattungen aus Betriebskostenabrechnungen.

Die Erstattungen weichen geringfügig vom Plan ab, sie bewegen sich auf Vorjahresniveau.

Die Erlöse aus öffentlichen Zuwendungen fallen aufgrund einer erhöhten Förderung einer Wirtschaftsdelegationsreise nach China um rund 30 T€ höher als geplant aus. Die erhaltenen Mittel wurden zur Erstattung des vor Ort beauftragten Dienstleisters eingesetzt. Entsprechend

leicht erhöhte Aufwendungen sind im Materialaufwand unter den sonstigen Fremdleistungen berücksichtigt.

Im Vergleich zu 2013 ist die Erlöszunahme auf den Auszug eines Mieters erst zum Ende des Geschäftsjahres zurückzuführen. Die Zunahme bei den sonstigen betrieblichen Erträgen ist auf die Auflösung der Steuerrückstellung zurückzuführen.

Materialaufwand

Die Gliederung der Erfolgsrechnung basiert auf dem Industriekontenrahmen. Der Materialaufwand ist deshalb als der Aufwand definiert, der unmittelbar mit der betrieblichen Leistungserstellung in Zusammenhang steht. Für die IHK als Dienstleister der Wirtschaft sind unter betrieblicher Leistungserstellung alle nach außen gerichteten Leistungen und Produkte zu sehen, unabhängig davon, ob eine Gebühr oder ein Entgelt erhoben wird. Für die Verbuchung des Aufwandes ist die Art der Leistung (Interessenvertretung, hoheitliche Aufgaben, Service) unerheblich. Demzufolge sind bei diesem Posten die Aufwendungen für die Aus- und Weiterbildung, die Sach- und Fachkunde sowie die Öffentlichkeitsarbeit und Veranstaltungen einschließlich Messen abgerechnet. Zu den Positionen gehören u. a. Raummieten, Referentenhonorare, Prüferentschädigungen, die Kosten für die Erstellung der Berliner Wirtschaft und des Jahresberichtes sowie für das Premiumprodukt „Frühstücksgespräche“.

	Ist T€ 2014	Plan T€ 2014	Abweichung T€ 2014	Ist T€ 2013
Materialaufwand	7.560,1	8.187,5	-627,4	7.291,5
davon:				
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	1.082,2	981,4	100,8	1.096,2
Aufwendungen für bezogene Leistungen	6.477,9	7.206,1	-728,2	6.195,3
<i>davon: Honorare (u. a. Dozenten)</i>	<i>848,8</i>	<i>774,2</i>	<i>74,6</i>	<i>702,4</i>
<i>davon: Prüferentschädigungen</i>	<i>1.827,8</i>	<i>2.202,3</i>	<i>-374,5</i>	<i>1.733,8</i>
<i>davon: Sonstiges (Miete, Bewirtung, Technik, Ausstattung)</i>	<i>3.747,0</i>	<i>4.178,1</i>	<i>-431,1</i>	<i>2.579,6</i>

Der Rückgang gegenüber dem Plan 2014 resultiert aus Einsparungen bei den bezogenen Leistungen, die den Mehraufwand bei den Aufwendungen für die praktischen Prüfungen mehr als kompensieren. Von den Minderaufwendungen bei den bezogenen Leistungen entfallen rund 374,5 T€ auf die Prüferentschädigungen, weil die im Wirtschaftsplan 2014 vorgesehene Anhebung der Entschädigung für Zeitversäumnisse von 4 € auf 6 € je Stunde erst zum 1. Mai 2014 umgesetzt wurde. Des Weiteren fielen erheblich geringere Aufwendungen für die externe Anmietung von Räumlichkeiten an als vorgesehen, weil der Bedarf nicht gegeben war. Infolge der Nichtverfolgung der Planung und Umsetzung der Renovierung und Instandsetzung der Fasanenpassage und des Einbaus eines Business Welcome Centers standen ausreichend eigene Räume zur Verfügung. Weiter haben zu den Minderaufwendungen Einsparungen bei den Druckkosten und Marketingmaßnahmen infolge gezielter Ansprache und verstärktem Einsatz elektronischer Medien beigetragen. Da eingeplante Veranstaltungen nicht stattfanden, entfielen Durchführungskosten.

Die Zunahme der Aufwendungen für sonstige bezogene Leistungen ist nicht nur auf die Erhöhung des Stundensatzes für die Prüferentschädigungen zurückzuführen, sondern auch auf die erstmalige Abrechnung der gesamten Raumnebenkosten beim Materialaufwand. Desweiteren fielen erstmalig ganzjährig höhere Kosten für Herstellung und Vertrieb des Wirtschaftsmagazins „Berliner Wirtschaft“ gemäß dem in 2013 neu geschlossenen Vertrag an.

Personalaufwand

Beim Personalaufwand sind die Gehälter aus befristeten und unbefristeten Arbeitsverhältnissen, die sozialen Abgaben, die Aufwendungen für die Altersversorgung und die Vorsorge abgerechnet. Die sozialen Abgaben und die Vorsorgeaufwendungen haben mit 3.337,2 T€ einen Anteil von 19,0 % (Vj.: 16,7 %) an den Aufwendungen.

	Ist T€ 2014	Plan T€ 2014	Abweichung T€ 2014	Ist T€ 2013
Personalaufwand	17.552,8	18.133,4	-580,6	16.402,7
Gehälter (einschl. Aushilfen, Veränderung der Personalrückstellungen, VL- Leistungen)	14.215,6	14.523,9	-308,3	13.665,4
<i>davon:</i>				
- <i>Gehälter aus befristeten und unbefristeten Arbeitsverhältnissen (einschl. VL-Leistungen)</i>	14.068,7	14.388,1	-319,4	13.549,5
- <i>Ausbildungsvergütungen</i>	146,9	135,8	11,1	115,9
Sozialabgaben und Aufwendungen für die Altersversorgung	3.337,2	3.609,5	-272,3	2.737,3

Planungsgrundlage ist die ganzjährige Erbringung der Arbeitsleistung und vollständige Besetzung der Planstellen. Krankheitsbedingte Abwesenheiten sowie die verzögerte Besetzung von Stellen haben zu Minderaufwendungen bei den Gehältern geführt. Die Vergütung der Angestellten - mit Ausnahme der Hauptgeschäftsführung und der Auszubildenden - richtet sich nach einer Dienstvereinbarung zur leistungsorientierten Vergütung im Rahmen eines Zielvereinbarungs- und Beurteilungssystems. Die Übereinkunft regelt die Eingruppierung von Mitarbeitern und Führungskräften in Funktionsgruppen, die Vergütung der Mitarbeiter, das Zielvereinbarungs- und Beurteilungsverfahren sowie die Bemessungsgrundlage für die Ausschüttung variabler Bestandteile. Die Mitarbeiter sind acht Funktionsgruppen zugeordnet, für die Gehaltsbänder auf Basis der Jahresbruttovergütung definiert sind und innerhalb derer sich die Grundvergütungen der Zugehörigen einer Funktionsgruppe bewegen. Über- bzw. unterdurchschnittliche Gehälter werden in Richtung des Gehaltsbandes entwickelt. Das Jahresgehalt wird in zwölf gleichen Beträgen gezahlt. Die Anpassung der Grundgehälter erfolgt in Abhängigkeit von der Lage der aktuellen Grundgehälter in dem jeweils gültigen Gehaltsband, in Abhängigkeit von der individuellen Leistung des Mitarbeiters sowie in Abhängigkeit vom verfügbaren Budget. Der variable Vergütungsanteil wird auf Basis einer individuellen Leistungsbeurteilung ermittelt. Dabei wird jedem Mitarbeiter aufgrund seiner Zugehörigkeit zu einer Funktionsgruppe eine variable Vergütung zugeordnet, die durch den festgestellten Leistungsfaktor individualisiert wird. Im

Berichtsjahr erfolgte gemäß Vereinbarung zwischen Hauptgeschäftsführung und Personalrat eine Anhebung des Lohn- und Gehaltsbudgets um 2,6 %. Auf die Anpassung der Grundgehälter entfielen 1,9 % und 0,7 % (= 80,5 T€) auf eine erfolgsabhängige Sonderzahlung die zu gleichen Teilen an die Mitarbeiter ausgezahlt wurde. Die Sonderzahlung ist an den Jahresabschluss (Überschuss) geknüpft und wird auch aus diesem finanziert.

Die Zunahme der Aufwendungen für Gehälter gegenüber dem Vorjahr beruht auf der gestiegenen Zahl der Mitarbeiter und der Anhebung des Gehaltsbudgets.

Dem Anstieg des Vorsorgeaufwandes im Vergleich zu 2013 liegt der im Vorjahr entlastende Effekt aus der Heraufsetzung des Renteneintrittsalter auf das 67. Lebensjahr zugrunde.

Der sich nach der Einführung des BilMoG ergebende Zinsanteil aus der Anpassung der Altersvorsorgeverpflichtungen (3.598,5 T€) ist unter den Zinsaufwendungen im Finanzergebnis dargestellt.

Abschreibungen

Die Abschreibungen werden grundsätzlich linear vorgenommen. Sie basieren auf der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer.

	Ist T€ 2014	Plan T€ 2014	Abweichung T€ 2014	Ist T€ 2013
Abschreibungen	1.315,0	1.732,2	417,2	874,4
davon:				
Immaterielle Vermögensgegenstände	554,4	919,6	-365,2	268,5
Abschreibungen auf sonstige Vermögensgegenstände des Anlagevermögens (einschl. GWG)	760,6	812,6	-52,0	605,9

Die Nichtausschöpfung der Mittel liegt an der Verschiebung nach 2015 und der verzögerten Fertigstellung von Investitionen. So konnte das Kunden-Beziehungsmanagement (KBM) erst im Dezember in Betrieb genommen werden, die Implementierung des Identity-Managements (IDM) musste aufgrund von Schlechtleistung des Dienstleisters (inzwischen Rechtsstreit) verschoben werden. Deshalb wurden eingeplante Mittel in Höhe von 310 T€ nicht in Anspruch genommen.

Die Zunahme gegenüber dem Vorjahr beruht auf der Inbetriebnahme der Lucida-Projekte KBM und Themenmanagement.

Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die wesentlichen Posten des Betriebsaufwands betreffen die Leasingraten und die Bewirtschaftungskosten für das LEH sowie die Kosten für Instandsetzungsmaßnahmen. Der Erbbauzins an den VBKI, die Miete für 1 ½ Etagen im Gebäude Hardenbergstraße 20, die Fremdleistungen (für EDV und Berlin Partner) werden ebenfalls bei der Position abgerechnet. Auch die Verwaltungskosten und weitere nicht im direkten Zusammenhang mit dem betrieblichen Leistungserstellungsprozess stehende Kosten sind hier dargestellt.

	Ist T€ 2014	Plan T€ 2014	Abweichung T€ 2014	Ist T€ 2013
Sonstige betriebliche Aufwendungen	29.646,2	30.260,0	-613,8	29.578,7
davon:				
Sonstige Personalaufwendungen	578,0	697,8	-119,8	618,7
Mieten, Pachten, Leasing	14.883,2	14.897,7	-14,5	14.870,6
Aufwendungen für Fremdleistungen *	3.457,3	3.901,3	-444,0	3.382,4
Rechts- und Beratungskosten	878,8	1.089,6	-210,8	2.552,1
Bürobedarf, Literatur, Telekommunikation	1.273,6	1.567,4	-293,8	1.197,3
Marketing und Öffentlichkeitsarbeit	160,6	220,9	-60,3	149,3
Aufwendungen DIHK	1.101,2	1.381,0	-279,8	1.327,8
Aufwendungen für Grundstücke, Gebäude und Geschäftsausstattung	3.250,5	3.782,8	-532,3	2.593,6
Andere sonstige betriebliche Aufwendungen **	4.049,1	2.701,5	-1.347,6	2.876,7

*) Bewirtschaftung des LEH, EDV - Dienstleistungen, Outgesourcte Dienstleistungen,

***) u. a. Abschreibungen auf Forderungen, Einstellungen Einzelwertberichtigungen Forderungen Beiträge/Gebühren

Die Minderaufwendungen in Höhe von 614 T€ setzen sich aus verschiedenen Verschiebungen des Aufkommens zusammen. Zu den Positionen im Einzelnen:

Bei den sonstigen Personalaufwendungen wurde der Planansatz unterschritten, weil eingeplante Maßnahmen zur arbeitsmedizinischen Vorsorge sowie Inhouse-Schulungen aufgrund krankheitsbedingter Personalausfällen nicht durchgeführt werden konnten.

Die Nichtausschöpfung der Mittel bei den Aufwendungen für Fremdleistungen resultieren vor allem aus geringeren Kosten für EDV-Dienstleistungen (315 T€).

Bei der Planung 2014 wurde davon ausgegangen, daß eine Telefonanlage geleast werden sollte. Allerdings hat man sich im Berichtsjahr dazu entschieden, eine Telefonanlage im Haushaltsjahr 2015 zu erwerben. Ferner wurden die Supportleistungen eines externen Dienstleisters aufgrund Schlechtleistungen nicht mehr in Anspruch genommen (inzwischen besteht eine Rechtsstreitigkeit gegenüber dieser Firma). Die Bewirtschaftungskosten für das LEH fielen um rd. 148 T€ geringer aus, weil Einsparungen bei der technischen Bewirtschaftung und den operativen Dienstleistungen des LEH erzielt werden konnten.

Die Minderaufwendungen bei den Rechts- und Beratungskosten resultieren zum Einen aus der versehentlichen doppelten Erfassung einer Position im Rahmen der Planung für die Erstellung von Gutachten. Zum Anderen wurden Maßnahmen, die durch externe Dienstleister umgesetzt werden sollten, durch IHK-Mitarbeiter im Berichtsjahr durchgeführt. Des Weiteren haben geringere Streitverfahren – als prognostiziert – zur Nichtinanspruchnahme der Mittel geführt.

Bei Bürobedarf, Literatur und Telekommunikation wurde aufgrund von Einsparungen die Dotierung unterschritten. Aufgrund zielgerichteter Kommunikation mit den Mitgliedsunternehmen wurden eingeplante Mittel für Porto und Kurierdienste nicht benötigt (93,3 T€). Auch bei den Onlinediensten ergaben sich Minderaufwendungen von 196 T€. So entfiel die geplante Einrichtung einer Microsite für das IHK Wirtschaftsmagazin „Berliner Wirtschaft“.

Die Minderaufwendungen bei Marketing und Öffentlichkeitsarbeit beruhen auf eingeplanten, aber nicht durchgeführten Veranstaltungen und reduzierten Marketingmaßnahmen.

Die Aufwendungen für Grundstücke, Gebäude- und Geschäftsausstattung fielen gegenüber dem Plan um 532 T€ geringer aus. Dazu tragen die Energiekosten für die Hardenbergstraße 20, die allgemeinen Hauskosten und die Instandhaltungsmaßnahmen für das LEH 182,0 T€ bei. Gründe sind falsch berechnete Vorauszahlungen für Strom, Fernwärme des Vermieters und nach 2015 verschobene Arbeiten durch den erst zum Ende des Jahres erfolgten Auszug eines Mieters und nicht erfolgte Umbaumaßnahmen in der Passage.

Von dem Budget Instandhaltung des Gebäudes entfallen 848 T€ auf die Fortsetzung der Erneuerung der Gebäudeleittechnik, 267 T€ auf den Austausch aller Verschleißteile der Befahranlage, 210 T€ auf die Sanierung der WC-Anlagen, 96 T€ auf die Instandsetzung und Malerarbeiten der Zentrale der Sprinkleranlage, 84 T€ auf den Abschluss des Austausches alter Brandmelder und der Brandmeldezentrale, 46 T€ auf die Sanierung der Tiefgarage sowie 28 T€ auf die Erneuerung von Teilen der Abwasseranlage.

Zur Finanzierung dieser Maßnahme werden planmäßig 413,8 T€ der Instandhaltungsrücklage LEH entnommen. Ferner hat sich die Vollversammlung am 11. Juni 2014 für die Sanierung und Neugestaltung der Passage mit Business-Welcom-Center (BWC) entschieden. Für Planungsleistungen dieser Maßnahme wurden 534,5 T€ aufgewendet. Aufgrund des Rechtsstreites mit der Leasinggesellschaft ILV ist das Projekt ausgesetzt worden.

Die geringere Inanspruchnahme von Wartungs- und Supportdienstleistern hat mit 331,5 T€ mit zu den obigen Minderaufwendungen beigetragen, weil entgegen der Planung Projekte wie das Identity-Accessmanagement sowie die neue Telefonanlage erst in 2015 in Betrieb gehen.

Die Überschreitung des Planwertes für andere sonstige betriebliche Aufwendungen um 1.348 T€ beruht auf der Wertberichtigung von zwei Beitragsforderungen aus Sanierungsgewinnen (2.391,3 T€), da mit einem Erlass der Finanzverwaltung zu rechnen ist.

Insgesamt sind die sonstigen betrieblichen Aufwendungen gegenüber dem Vorjahr leicht angestiegen (67,5 T€). Innerhalb des Aufkommens kam es zu Verschiebungen, dazu im Einzelnen:

Die Aufwendungen für die Fortbildung der Mitarbeiter mussten aus krankheitsbedingtem Kapazitätsmangel eingeschränkt werden.

Die vermehrte Inanspruchnahme von Dienstleistungen sowie Preisanhebungen führten zum Anstieg der Aufwendungen für Fremdleistung.

2013 wurde die Prozesskostenrückstellung aufgrund des Rechtsstreits mit der ILV um 1.651,6 T€ aufgestockt. Im Berichtszeitraum fielen solche Aufwendungen nicht an.

Der Anstieg der Instandhaltungsaufwendungen für das Gebäude beruht zum einen auf die Erneuerung der Gebäudeleittechnik, den durchgeführten Maßnahmen und die Planung für die Sanierung und Umgestaltung der Passage.

Die oben genannten Wertberichtigungen der Beitragsforderungen haben auch zur Zunahme der anderen sonstigen betrieblichen Aufwendungen im Vorjahresvergleich mit beigetragen.

Finanzergebnis

Das negative Finanzergebnis beruht auf der nach BilMoG hier abzurechnenden Abzinsung der Pensionsverpflichtungen.

	Ist T€ 2014	Plan T€ 2014	Abweichung T€ 2014	Ist T€ 2013
Finanzergebnis	-139,0	1.497,6	1.636,6	1.983,6
davon:				
Erträge aus Beteiligung	4,2	0,0	4,2	29,5
Erträge aus Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	6.395,3	6.767,6	-372,3	6.754,1
Zinsen und ähnliche Erträge	185,0	146,4	38,6	418,4
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	175,0	825,0	-650,0	385,4
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	6.548,5	4.591,4	1.957,1	4.832,9

Die Erträge aus Beteiligungen beruhen auf einer Steuererstattung.

Die Erträge aus Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens resultieren zu einem erheblichen Anteil aus den beiden der Immobilien-Vermietungsgesellschaft von Quistorp & Co. Objekt Berlin KG gewährten Darlehen (3.622 T€). Weitere 553,3 T€ entfallen auf Zuschreibungen auf Rückdeckungsversicherungen. 2.220,0 T€ betragen die Zinserträge.

Die Abschreibungen auf Finanzanlagen wurden auf Wertpapierkäufe, die über dem Nennwert erworben wurden, vorgenommen. Die Wertberichtigung erfolgte auf den Nennwert. Mangels attraktiver Angebote erfolgten Käufe nicht in dem geplanten Umfang.

Die Zinsaufwendungen betreffen das zur Refinanzierung der Umfinanzierung aufgenommene LBB-Darlehen und die Finanzierung der erhöhten Baukosten des LEH (insgesamt 2.898,2 T€). Vgl. ergänzend Bilanzposten Passiva – D.1. - Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten. Des Weiteren sind bei der Position die Abzinsung von Rückstellungen i. H. v. 3.650,2 T€ ausgewiesen. Davon entfallen auf Pensionsverpflichtungen 3.598,5 T€. Durch die Reduzierung des Abzinsungszinssatzes von 4,88 % auf 4,53 % ergab sich ein Mehrbedarf von

1.759,0 T€ Gründe für die Abweichung: Bisher haben die Gutachter, wie im Rahmen der Erstellung des Jahresabschlusses bekannt wurde, die Prognosen mit dem Rechnungszinssatz des vergangenen Jahres erstellt. Mit diesem Jahresabschluss werden deshalb sämtliche Zinsaufwendungen im Finanzergebnis ausgewiesen.

Dieser Mehrbedarf ist auch ursächlich für die Steigerungen gegenüber 2013.

Sonstige Steuern

Bei den Sonstigen Steuern ist die KfZ-Steuer ausgewiesen.

Entnahmen aus Rücklagen

Die Rücklage Instandsetzung LEH wurden zur Mitfinanzierung der Erneuerung der Gebäudeleittechnik (GLT) 413,8 T€ entnommen.

Ergebnis / Ergebnisverwendungsvorschlag

Zu dem Ergebnis von 3.276,6 T€ haben überplanmäßige Erträge in Höhe von 2.344,6 T€ und gegenüber den Planansätzen geringere Aufwendungen von 932 T€ beigetragen. Die Mehrerträge resultieren überwiegend aus den Betriebserträgen.

Zu den Minderaufwendungen haben die Einsparungen beim Personal-, Materialaufwand, den Abschreibungen und den sonstigen betrieblichen Aufwendungen wesentlich beigetragen. Sie kompensieren den Mehraufwand für die Abzinsung der Pensionsrückstellungen.

Das Präsidium schlägt vor, das Ergebnis der Rücklage Risiken Pensionen außerhalb BilMoG zuzuführen. Aufgrund des kontinuierlichen Absinkens des Rechnungszinssatzes für die Abzinsung der Pensionsverpflichtungen – prognostiziert wird für 2018 ein Satz von 2,31 % - ist mit einem erheblichen zusätzlichen Rückstellungsbedarf zu rechnen. Ausreichende Vorsorge ist deshalb gemäß dem Vorsichtsprinzip erforderlich.

Erläuterungen zur Finanzrechnung

Die Finanzrechnung dokumentiert die zahlungswirksamen Veränderungen im Geschäftsjahr. Neben dem Cashflow aus der laufenden Tätigkeit werden die Cashflows aus der Investitions- und Finanztätigkeit abgebildet.

Jahresergebnis vor außerordentlichen Posten

Das Jahresergebnis ist im Wesentlichen durch höhere Erträge und geringere Betriebsaufwendungen als geplant beeinflusst.

	Ist T€	Plan T€	Abweichung	Ist T€
	2014	2014	2014	2013
Jahresergebnis vor außerordentlichen Posten	2.862,8	-413,8	3.276,6	3.360,6

Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit

Der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit beinhaltet das um die Veränderungen der Rückstellungen, der Abschreibungen und Zuschreibungen zum Anlagevermögen, der sonstigen Aktiva und Passiva sowie der Zuführungen oder Auflösungen von Aktiven und Passiven Rechnungsabgrenzungsposten bereinigte Jahresergebnis. Der Rückgang gegenüber dem Vorjahr setzt sich aus einer Abnahme der Forderungen und einem Anstieg der sonstigen Verbindlichkeiten aufgrund des Einbehalts von Teilen der Leasingraten zusammen.

	Ist T€	Plan T€	Abweichung T€	Ist T€
	2014	2014	2014	2013
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	7.307,6	5.128,0	2.179,6	7.884,7

Cashflow aus der Investitionstätigkeit

Der Cashflow aus der Investitionstätigkeit zeigt die Ein- und Auszahlungen für Investitionen im Bereich der Gegenstände des immateriellen Anlagevermögens, der Sachanlagen und des Finanzanlagevermögens auf. Insgesamt wurden in 2014 Investitionen in Höhe von 2.155,2 € in das immaterielle und 342,2 T€ in das Sachanlagevermögen getätigt. Auf Finanzinvestitionen entfallen 4.544,6 T€. So wurde der Austausch der Büromöbel weiter fortgesetzt und Hardware erworben. Für die Fertigstellung der Lucida-Systeme Kundenbeziehungs- und Themenmanagement wurden 1.111,6 T€ sowie 750,2 T€ für die Projekte Identity-Management, Mitarbeiterportal und Extranet ausgegeben.

Die Nichtausschöpfung der Mittel beruht auf der sparsameren Verwendung der Mittel als geplant.

Zum Cashflow aus der Investitionstätigkeit zählen weiter die Veränderungen im Finanzanlagevermögen. Die Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens (1.846,5 T€) betreffen die planmäßigen Tilgungen der beiden der Immobilien-Vermietungsgesellschaft von Quistorp & Co. Objekt Berlin KG gewährten Darlehen. Das erste Darlehen wurde 1997 zur Finanzierung der erhöhten Baukosten, das zweite 2007 im Rahmen der Umfinanzierung des LEH ausgezahlt. Die Auszahlungen für

Investitionen in das Anlagevermögen betreffen überwiegend die Umwidmung von umlaufendem Vermögen in Finanzanlagen. Dies ist auch ursächlich für den negativen Cashflow aus der Investitionstätigkeit. Aufgrund der volatilen Marktverhältnisse und den nicht attraktiven Renditen im Anleihemarkt wurde das vorgesehene Investitionsvolumen nicht ausgeschöpft.

	Ist T€	Plan T€	Abweichung T€	Ist T€
	2014	2014	2014	2013
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-5.226,8	-10.501,6	-5.274,8	-9.856,7

Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit

Der negative Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit beruht auf den planmäßige Darlehenstilgung. Es handelt sich um das zur Umfinanzierung des LEH aufgenommene Darlehen bei der Landesbank.

	Ist T€	Plan T€	Abweichung T€	Ist T€
	2014	2014	2014	2013
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-2.034,3	-2.034,1	0,2	-2.034,6

Der Mittelabfluss aus der Investitions- und Finanzierungstätigkeit wird aus dem Cashflow der laufenden Geschäftstätigkeit finanziert.

Finanzmittelbestand am Ende der Periode

Der Finanzmittelbestand am Ende der Periode beträgt 41.849,0 T€

Sonstige Angaben

Mitglieder des Präsidiums und der Hauptgeschäftsführung der IHK Berlin im Geschäftsjahr 2014:

Mitglieder des Präsidiums

Werner Gegenbauer (Ehrenpräsident)

Dr. Eric Schweitzer (Präsident)

Dr. Beatrice Kramm (Vizepräsidentin)

Tobias Weber (Vizepräsident)

Ute Witt (Vizepräsidentin)

Gerald Archangeli

Christina Aue

Klaus-Peter Bär

Julia Claren

Michael Geißler

Angela Kästner

Matthias Klussmann

Dr. Stefan Romberg

Nicole Srock.Stanley

Kalo Mis Tshaba

Mitglieder der Hauptgeschäftsführung

Jan Eder (Hauptgeschäftsführer)

Christian Wiesenhütter (stellvertretender Hauptgeschäftsführer)

Der Personalbestand zum 31. Dezember 2014 umfasst:

Personalstand	Ist Vorjahr (t-1)			Ist Jahr				Planwert (t+1)			
	31.12.2013			31.12.2014				31.12.2015			
	Köpfe	Kapazität	Planstellen	Köpfe	Kapazität	Planstellen	Gehälter in T€	Köpfe	Kapazität	Planstellen	Gehälter in T€
Kernpersonal											
Führungskräfte davon Hauptgeschäftsführer	8 1	7,83 1,00	8,00 1,00	8 1	8,00 1,00	8,00 1,00	1.152,9 fix: 225,0 var.: 50,0	9 1	9,00 1,00	8,00 1,00	1.328,3 fix: 225,0 var.: 50,0
Wissenschaftliche Mitarbeiter	98	91,51	95,45	101	93,69	99,68	6.209,1	106	101,50	101,50	6.802,7
Sachbearbeiter, Assistenzen und technische Mitarbeiter	152	135,75	136,60	152	135,42	139,62	6.013,0	154	141,55	141,55	6.274,6
Summe	258	235,09	240,05	261	237,11	247,30	13.375,0	269	252,05	251,05	14.405,6
Sonstige											
Mitarbeiter für Projekte u.ä.	14	10,22	xxx	10	7,89	xxx	308,2	12	12,00	xxx	430,0
Personalgestellung	0	xxx	xxx	0	xxx	xxx	xxx	0	xxx	xxx	xxx

Gesamtsumme	272	245,31	240,05	271	245,00	247,30	13.683,2	281	264,05	251,05	14.835,6
--------------------	-----	--------	--------	-----	--------	--------	----------	-----	--------	--------	----------

davon											
in Teilzeit	50	xxx	xxx	52	xxx	xxx	xxx	55	xxx	xxx	xxx
befristet	24	xxx	xxx	22	xxx	xxx	xxx	13	xxx	xxx	xxx
in ATZ aktiv	2	xxx	xxx	2	xxx	xxx	xxx	2	xxx	xxx	xxx

außerdem

Auszubildende	17	xxx	xxx	18	xxx	xxx	xxx	18	xxx	xxx	xxx
Trainees	3	xxx	xxx	3	xxx	xxx	xxx	3	xxx	xxx	xxx
Volontäre	1	xxx	xxx	1	xxx	xxx	xxx	1	xxx	xxx	xxx
Praktikanten	5	xxx	xxx	4	xxx	xxx	xxx	5	xxx	xxx	xxx
Mitarbeiter in Elternzeit	8	xxx	xxx	9	xxx	xxx	xxx	7	xxx	xxx	xxx
ATZ inaktiv	2	xxx	xxx	2	xxx	xxx	xxx	2	xxx	xxx	xxx
Sondereinrichtungen	0	xxx	xxx	0	xxx	xxx	xxx	0	xxx	xxx	xxx
Geringfügig Beschäftigte	1	xxx	xxx	1	xxx	xxx	xxx	2	xxx	xxx	xxx

xxx: Keine Angabe erforderlich

nachrichtlich: Die Wochenarbeitszeit beträgt 40 Stunden.

Berlin, 04.05.2015

gez. Dr. Eric Schweitzer
Präsident

gez. Jan Eder
Hauptgeschäftsführer

Anlagenspiegel 2014 IHK Berlin

Positionen der Vermögensrechnung:	Entwicklung der Anschaffungswerte					Entwicklung der Abschreibungen						Restbuchwerte 31.12.2014	Buchwerte 31.12.2013
	Anfangs-bestand 01.01.2014	Zugänge	Um- buchungen	Abgänge	Endstand 31.12.2014	Anfangs- stand 01.01.2014	Abschrei- bungen des Geschäfts- jahres	Um- buchungen	Zuschrei- bungen des Geschäfts- jahres	Abgänge	Endstand 31.12.2014		
	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
I. Immaterielle Vermögensgegenstände													
1. Konzessionen gewerbliche Schutzrechte u.ä. Rechte u. Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten u. Werten (A. I. 1.)	2.237.355,77	1.404.944,55	620.737,25	0,00	4.263.037,57	1.473.264,77	554.358,80	0,00	0,00	0,00	2.027.623,57	2.235.414,00	764.091,00
2. Geleistete Anzahlungen (A. I. 2.)	1.023.711,73	750.213,00	-620.737,25	0,00	1.153.187,48	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1.153.187,48	1.023.711,73
	3.261.067,50	2.155.157,55	0,00	0,00	5.416.225,05	1.473.264,77	554.358,80	0,00	0,00	0,00	2.027.623,57	3.388.601,48	1.787.802,73
II. Sachanlagen													
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte u. Bauten auf fremden Grundstücken (A. II. 1.)	8.716.079,60	0,00	0,00	0,00	8.716.079,60	32.095,60	4.531,00	0,00	0,00	0,00	36.626,60	8.679.453,00	8.683.984,00
2. Technische Anlagen und Maschinen (A. II. 2.)	372.115,98	56.807,80	0,00	0,00	428.923,78	341.448,98	49.325,80	0,00	0,00	0,00	390.774,78	38.149,00	30.667,00
3. Andere Anlagen, Betriebs- u. Geschäftsausstattung (A. II. 3.)	4.369.424,81	307.790,29	0,00	362.032,35	4.315.182,75	2.620.756,57	706.786,56	0,00	0,00	359.072,92	2.968.470,21	1.346.712,54	1.748.668,24
4. Geleistete Anzahlungen u. Anlagen im Bau (A. II. 4.)	0,00	8.955,96	0,00	0,00	8.955,96	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	8.955,96	0,00
	13.457.620,39	373.554,05	0,00	362.032,35	13.469.142,09	2.994.301,15	760.643,36	0,00	0,00	359.072,92	3.395.871,59	10.073.270,50	10.463.319,24
III. Finanzanlagen													
1. Anteile an verbundenen Unternehmen (A. III. 1.)	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen (A. III. 2.)	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3. Anteile an Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (A. III. 3.)	1,00	0,00	0,00	1,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1,00
4. Ausleihungen an Unternehmen mit Beteiligungsverhältnis (A. III. 4.)	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5. Wertpapiere des Anlagevermögens (A. III. 5)	111.836.788,01	36.350.119,12	0,00	32.881.870,38	115.305.036,75	2.110.700,20	175.000,00	0,00	0,00	621.755,20	1.663.945,00	113.641.091,75	109.726.087,81
6. Sonstige Ausleihungen und Rückdeckungsansprüche (A. III. 6)	89.875.240,83	542.508,93	0,00	1.846.529,47	88.571.220,29	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	88.571.220,29	89.875.240,83
	201.712.029,84	36.892.628,05	0,00	34.728.400,85	203.876.257,04	2.110.700,20	175.000,00	0,00	0,00	621.755,20	1.663.945,00	202.212.312,04	199.601.329,64
Anlagevermögen insgesamt	218.430.717,73	39.421.339,65	0,00	35.090.433,20	222.761.624,18	6.578.266,12	1.490.002,16	0,00	0,00	980.828,12	7.087.440,16	215.674.184,02	211.852.451,61

